

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 25 Pf. für ein Jahr 12.00 Mk.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Wittwoch, den 12. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Oesterreicher Herren des Lovcen.

Kriegsgewinne in der Kriegswirtschaft.

Man schreibt uns:
Ende November versprach der Reichschatzsekretär Dr. Helfferich sich und seinen Hörern im Reichstag: „Wir werden auch im Interesse unserer Finanzen nach dem Kriege auf einen energiebigen Ertrag der Steuer nicht verzichten können.“

Die Hoffnung auf einen ergiebigen Ertrag kann leicht täuschen und das ganze Geschick um die Kriegsgewinnsteuer die Tatsache leicht vergessen lassen, daß sich die gewünschten steuerlichen Mehreinnahmen des Reiches bis auf einen winzigen Rest auf indirekte und Verkehrssteuern gründen werden, wenn dem in den letzten Reichstagsitzungen angekündigten Steuerprogramm Erfüllung beschieden ist.

Zeitliche Bemessungsgrundlage der Kriegsgewinnsteuer werden die drei Jahre 1914/1916 sein. Erhöhen wird sie erst im April 1917. Besteuert wird nicht das Einkommen oder der Gewinn, sondern der in dieser Zeit erzielte Vermögenszuwachs.

Die Kriegskonjunktur begünstigt aber keineswegs die Vermögensbildung. Von dem Spekulationsgewinn gilt das alte Wort: „Wie gewonnen, so zerronnen.“ Aber von diesen individuellen Gemmungen abgesehen, ist die Vermögensbildung durch die Ungleichmäßigkeit der Kriegskonjunktur nach Dauer und Umfang gehemmt. Neben der eigentlichen Rüstungsindustrie haben im Kriege die Maschinen-, Elektrizitäts-, Textil-, Nahrungsmittelindustrie glänzende Geschäfte gemacht, soweit sich die Unternehmen ausschließlich auf die Fabrikation von Kriegsmaterial werfen konnten. Große Unternehmen, wie besonders die gemischten Werke der Montanindustrie, haben teilweise sehr profitable Geschäfte gemacht, aber auch unter der Einseitigkeit der Kriegskonjunktur schwer gelitten. Weiche, Röhren, Draht, Kohlen, Koks und bei der Verkokung gewonnene Nebenprodukte fanden Absatz zu glänzenden Preisen und alte Lager wurden flott geräumt; dagegen blieb die Erzeugung von Halbzeug, Eisenbahnerbaumaterial und Baueisen weit hinter den Friedenspreisen zurück. Der Kalibergbau, die Zugs- und spezialistischen Exportindustrien litten schwer unter Ausfuhrhindernissen und Ausfuhrverboten. Textil- und Margarinefabriken machten mit dem Verkauf ihrer ältesten Vorräte ein glänzendes Geschäft, mußten aber wegen der jetzt immer allgemeiner werdenden Warenknappheit von den Riesengewinnen des ersten Kriegsjahres zehren. So ist die Kriegskonjunktur ihrem Umfang und ihrer Dauer nach beschränkt, weil Kriegsbedarf und Kriegserzeugung notwendig einseitig sind.

Allgemein läßt sich sagen, daß die im Kriege glänzend prosperierenden Unternehmen im Frieden mit minderen Erträgen rechnen müssen und daß umgekehrt die jetzt auf schmälere Kost geführten Unternehmen teilweise nach Friedensschluß eine Hochkonjunktur erwarten dürfen. Soll doch das rollende Eisenbahnmaterial infolge der großen Ruhigkeit im Kriege zu einem Drittel ersatzbedürftig sein! Die Börse begünstigt auch „Friedenswerte“ und „Kriegswerte“ je nach den Aussichten eines Friedensschlusses.

Da zeitliche Bemessungsgrundlage drei Jahre sind, so tritt zwischen Gewinnen und Verlusten ein Ausgleich ein. Was von den Gesellschaften gilt, gilt in noch höherem Maß vom Durchschnittsaktionär, der seine Papiere „mischt“, um sein Glück und seine Ruhe nicht an den Bestand eines Unternehmens zu binden.

So steht die Kriegskonjunktur die Bildung neuen Vermögens zerrütten. Trotzdem wissen natürlich viele Leute, die im Kriege reich geworden sind, ihre Schätze wohl zu hüten. Aber auch vor dem Fiskus? Vornahme von Abschreibungen und Bildung stiller Reserven sind um so leichter, als der Friedensnachschub für ihre Bemessung versagt und mittlere und untere Steuerbehörden kaum die Höhe der Rückstellungen sicher bestimmen können, die die Demobilisierung der Industrie erforderlich macht.

So wird der Ertrag der geplanten Kriegsgewinnsteuer gering sein. Es kann nicht anders sein, da jede Vermögenszuwachssteuer technisch nur Ergänzungsteuer zur Hauptsteuer auf das Einkommen ist. Diese wichtigste Steuer, die ergiebig ist und wechselndem Bedarf sich elastisch anpaßt, fehlt dem Reich. Sie ist ein finanzielles und sittliches Gebot. Wer im Krieg verdient, nicht nur wer mehr verdient, soll dem Reiche dafür zinsen.

Eine besondere Schwierigkeit für die Kriegsteuergesetzgebung in Deutschland ist die Unterbrechung der Beständigkeit in der Wirtschaft durch die Seesperre. Darum kann nicht der jährliche Mehrertrag so leicht zur Hälfte weggesteuert werden wie in England. Aber wohl kann und soll das jährliche Einkommen durch eine hohe, dem Kriegsbedarf angepasste

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 11. Januar 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Feindliche Vorstöße gegen die nordwestlich von Massiges genommenen Gräben wurden abgewiesen. Die Zahl der dort gemachten Gefangenen erhöht sich auf vierhundertachtzig Mann.

Ein französisches mit einer 3,8 Zentimeter-Kanone ausgerüstetes Kampfflugzeug wurde bei Woumen (südlich von Dignunde) durch Abwehrfeuer und einen Kampfflieger zur Landung gezwungen. Das Flugzeug ist mit seinen Zusätzen unversehrt in unsere Hand gefallen. Bei Tourvai wurde im Luftkampf ein englischer Doppeldecker abgeschossen.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 11. Januar. (W. Z. B.) Amtlich wird versandt: Wien, 11. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Western herrschte, von den gewohnten Artilleriekämpfen abgesehen, auch an der bessarabischen Front und in Ostgalizien Ruhe. Seit heute früh richtet der Feind von neuem nach heftigstem Artilleriefeuer vergebliche Angriffe gegen den Raum Toporany-Karance.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert. In Südtirol erschienen über dem Eisfial als italienische Flieger, die an mehreren Punkten erfolglos Bomben warfen.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.

Der Lovcen ist genommen. Zu dreitägigen harten Kämpfen überwand unsere tapfere Infanterie in prächtigem Zusammenarbeiten mit der schweren Artillerie und S. M. Kriegsmarine den erbitterten Widerstand des Feindes und die ungeheuren Schwierigkeiten des winterlichen Karstgebirges, das wie eine Mauer, 1700 Meter hoch aus dem Meer aufsteigend, seit Jahren zur Verteidigung eingerichtet wurde. Sechszwanzig Geschütze, darunter zwei 12-Zentimeter-Kanonen, zwei 15-Zentimeter- (moderne) Mörser und zwei 24-Zentimeter-Mörser, dann Munition, Gewehre, Verpflegungs- und Bekleidungs-vorräte sind die Beute. Ein Teil der Geschütze ist intakt und wird gegen den Feind verwendet. Im Nordosten Montenegro wurde der Feind, der gestern knapp vor Berane nochmals Widerstand leistete, geworfen. Der Ort und die beherrschenden Höhen südwestlich davon sind in unseren Besitz. Raschem Zugreifen gelang es, die brennende Lim-Brücke in Berane vor gänzlicher Zerstörung zu bewahren. Bei Izel wurden wieder dreizehn Geschütze mit viel Munition ausgegraben.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Steuer und der Vermögenszuwachs durch eine Sondersteuer, die denkbar hoch sein kann, getroffen werden.

Das Argument, daß die Bundesstaaten auf die Einkommensteuer angewiesen seien und auch leben müssen, verfährt nicht. Ihr Haushalt zeigt nie, auch nicht im Krieg, so hohe Schwankungen wie der des Reiches. Sie sehen sich zwar jetzt zur Erhebung von Kriegszuschlägen gedrängt, trotzdem wird das Einkommen noch lange nicht als Steuerquelle ausgenutzt, auch nicht durch die Erhebung gemeindlicher Zuschläge auf die staatliche Einkommensteuer. Großbritannien besteuert z. B. die höchsten Einkommen mit 39 Proz. Das ist für Deutschland noch ein unerreichtes Ideal.

Der montenegrinische Kriegsbericht.

Cetinje, 11. Januar. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht. Die österreichische Offensive dauert sehr kräftig gegen unsere ganze Front fort, besonders im Norden und Osten, wo sich erbitterte Kämpfe abspielen. Der an Zahl überlegene Feind greift seit mehreren Tagen wütend an. An der Ostfront, von Izel ausgehend, schlugen wir ihn abermals zurück und brachten ihm derartige Verluste bei, daß unsere Truppen, um die verlorenen Stellungen wieder zu nehmen, durch Haufen von Leichen schreiten mußten. Wir wurden indes gezwungen, Berane zu räumen. Bei Rugowo und Moikoway erlitten die Oesterreicher in ihren Versuchen einen Miß-

erfolg. Ein Gegenangriff gestattete uns, Turial wieder einzunehmen. Da der Feind aber Verstärkungen erhielt, so zogen wir uns auf das rechte Ufer des Lim zurück. Bei Grandzie gelang es starken feindlichen Kräften nach wütenden Kämpfen sich mehrerer unserer Stellungen zu bemächtigen, aber wir konnten einen Teil davon wieder nehmen. An der Lovcen-Front liefern die Oesterreicher eine wütende Schlacht, die seit vier Tagen unter einem ununterbrochenen orkanartigen Feuer andauert, das von Kriegsschiffen und von den Forts von Cattaro herkömmt. Der Feind gelangte bis in unsere ersten Verteidigungslinien am Lovcen. Unsere Truppen schlugen ihn mehrmals zurück und fügten ihm sehr große Verluste zu. Am folgenden Abend jedoch wurde der Kampf erbittert fortgesetzt währenddessen die Oesterreicher erstickende Gase vermandten, wodurch sie sich unserer Stellungen bei Koul und Rataz bemächtigen konnten. Die Moral unserer Soldaten ist ausgezeichnet trotz Entbehrungen aller Art. Die Kämpfe dauern an.

Der französische Bericht über die Räumung Gallipolis.

Paris, 11. Januar. (W. Z. B.) Amtlich. In der Nacht vom 8. zum 9. Januar fand die vollständige Räumung Gallipolis statt, die seit einigen Tagen aufs genaueste vorbereitet und von dem englischen Oberbefehl und dem Oberbefehl unseres Expeditionskorps vollkommen geregelt war. Sie wurde ohne Verluste bewerkstelligt. Das gesamte französische Kriegsmaterial wurde fortgeschafft, mit Ausnahme von sechs festen Marinegeschützen, die unbrauchbar, überdies vor dem Aufgeben der Stellung zerstört worden waren und in den 17 im englischen amtlichen Bericht gemeldeten zerstörten Geschützen einbegriffen sind. Der Feind eröffnete das Feuer 4 Uhr früh, als die Einschiffung bereits beendet war.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 11. Januar. (W. Z. B.) Der Bericht des Hauptquartiers von gestern Abend lautet: Nur Trümmer, Beute und eine Anzahl von Leichnamen, aber keinen einzigen feindlichen Soldaten gibt es mehr in Sedd ul Bahr. Während unserer Verfolgung wurden die Reste des Feindes, die sich weigerten, sich zu ergeben, und in der Richtung auf die Landungsstellen flohen, vernichtet. Auf dem linken Flügel fanden wir in dem Abschnitt Kerevizdere eine große Menge selbsttätiger feindlicher Minen, von denen unsere Genietruppen allein in einem kleinen Raum 90 zerstörten.

An der Trakfront verjagte der in Aut el Amaro eingeschlossene Feind in der Nacht zum 7. d. Mts. an mehreren Punkten Ausfälle, nachdem er ein heftiges Feuer eröffnet hatte. Er wurde mit Verlusten in seine Stellungen zurückgeworfen.

An der kaukasischen Front ist nichts von Bedeutung vorgefallen.

Am 8. Januar fand im Schwarzen Meere zwischen dem türkischen Panzer „Jawus Selim“ und dem russischen Panzerschiff „Kaiserin Maria“ ein halbständiger heftiger Artilleriekampf auf weite Entfernung statt. „Jawus“ erlitt keinen Schaden, während Treffer auf der „Kaiserin Maria“ festgestellt wurden.

Angriff eines deutschen Flugzeuggeschwaders auf Saloniki.

Sofia, 11. Januar. (W. Z. B.) „Boent Zvestia“ meldet: Ein deutsches Flugzeuggeschwader von zwölf Flugzeugen warf am 7. Januar achtundsiebzig Bomben auf Saloniki, insbesondere auf die Lager der Engländer und Franzosen. Zwanzig Bombentreffer verursachten Brände im Lager. Zwei feindliche Flugzeuge wurden heruntergeschossen. Das deutsche Geschwader hatte keine Verluste.

Verbot der Einwanderung nach Ägypten.

Bern, 11. Januar. (W. Z. B.) „Corriere della Sera“ meldet aus Rom, daß laut einer Verfügung der englischen Regierung Frauen jeder Nationalität die Auswanderung nach Ägypten untersagt ist. Das Landen von Männern ist nur in Ausnahmefällen nach vorhergehender Einwilligung der englischen Vertretung in Kairo erlaubt. Die europäischen Konsulate in London haben Befehl, die Pässe solcher Personen, die diese Erlaubnis nicht besitzen, nicht zu differieren. Auch die englische Gesandtschaft in Bern veröffentlicht durch eine Zuschrift an die hiesige Presse eine ähnliche Erklärung.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 11. Januar. (W. Z. B.) Amtlicher Nachmittagsbericht vom Montag. In der Campagne unternahm der Feind einen Angriff, der gestern von ihm mit einer heftigen Beschließung, namentlich durch Geschosse mit erstickenden Gasen, eingeleitet worden war. Tagsüber und in der Nacht versuchte der Feind vier konzentrische Vorstöße, die sich auf einer Front von

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zur Armenierfrage:

Die Anfrage des Abg. Liebknecht über die Armenier wurde in der heutigen Reichstagsung im Namen des Reichsanzlers durch den Dirigenten der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Grafen v. Stumm, wie folgt beantwortet:

Dem Herrn Reichsanzler ist bekannt, daß die Frage vor einiger Zeit, durch außerordentliche Umtriebe unserer Gegner veranlaßt, die armenische Bevölkerung bestimmter Gebiete des Türkischen Reiches ausgesiedelt und ihre neue Wohnstätten angeteilt hat. Wegen gewisser Rücksichtungen dieser Wohnnahme findet zwischen der deutschen und der türkischen Regierung ein Gedankenaustrausch statt. Nähere Einzelheiten können nicht mitgeteilt werden.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auf die im vorigen Herbst von der englischen Presse und im Oberhaus aufgestellte Behauptung zurückkommen, deutsche Konsularbeamte in Kleinasien, insbesondere Konsul Köhler in Aleppo, hätten die türkische Bevölkerung zu Gräueltaten gegen die Armenier ermuntert. Schon damals war von berufener Seite dieser Anwurf als erbärmliche Verleumdung gekennzeichnet worden. Wie wir an zuständiger Stelle hören, sind inzwischen eine Reihe von freiwilligen Zuschriften neutraler Persönlichkeiten aus dem Konsularbezirk Aleppo eingegangen, die den Vermählungen gerade des Konsuls Köhler zugunsten der Armenier Dank und warme Anerkennung spenden. Für alle diejenigen, denen die Verhältnisse in Syrien, namentlich aber das Wirken und die Persönlichkeit des Konsuls in Aleppo bekannt sind, bedurfte es allerdings dieser Zeugnisse nicht, um die gegen den verdienten Beamten erhobenen Vorwürfe von vornherein als elende Lügen zu erkennen.

Die Loebellschen Erlasse.

In der Budgetkommission des Reichstags gab am Montag ein Vertreter des preussischen Ministeriums des Innern die folgende Erklärung zu den bekannten Loebellschen Erlässen über Schaffung einer offiziellen Korrespondenz ab:

Die Erlasse, die sich auf die Versorgung der kleinen Provinzpresse bezogen haben, waren alle der preussischen Staatsverwaltung. Ihre Wirkung beschränkt sich auf den Kreis der preussischen Monarchie. Eine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit des preussischen Ministers des Innern für die Wirkung dieser Erlasse besteht demnach nur vor dem preussischen Landtag. Unter ausdrücklicher Warnung dieses grundsätzlichen Standpunktes ist der Minister des Innern indessen, in Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Gegenwart, bereit, auch in dieser Kommission eine Erklärung über Bedeutung und Sinn der Erlasse abzugeben und die leitenden Gedanken näher darzulegen, die den vielbesprochenen Erlässen zugrunde liegen.

Der Minister des Innern verkennt nicht die großen Schwierigkeiten, die der Belagerungszustand gerade für die Presse mit sich bringt. Er weiß sehr wohl, wie schwer die Presse geschäftlich und journalistisch an dem Kriegszustand zu tragen hat, erkennt voll die patriotische Vereinnahmung an, mit der sich die Presse den harten Notwendigkeiten des Krieges gefügt hat, und kann verstehen, daß gerade zu dieser Kriegszeit die reine Vermutung eines weiteren behördlichen Einwirkens in die schon an sich begrenzte Freiheit der Presse empfindlich berühren könnte.

Man handelt es sich bei den Erlässen um nichts weniger als um eine Vereinnahmung der Freiheit und der Selbstständigkeit der Presse, sondern einzig und allein um die Inanspruchnahme einer nie bestrittenen und nicht bestrittenen publizistischen, journalistischen Bewegungsfreiheit auch für die Regierung. Nur insofern bereitet der Erlaß vom 19. April 1915, der einen halbamtlichen Korrespondenzapparat bereitstellt, etwas Neues, etwas vom früheren Zustande Abweichendes vor, als er der Regierung einen gangbaren Weg öffnet zur Geltendmachung auch ihrer Absichten im Kampf der öffentlichen Meinungen. Der freien Meinungsäußerung auch gegen die Regierung geschieht durch den Erlaß kein Abtrag. Es darf dabei als bekannt vorausgesetzt werden, daß die kleine Presse, deren Erhaltung und Stärkung als eine dringende Notwendigkeit angesehen ist, allgemein durch Korrespondenzen gespeist wird, die in Berlin oder anderen großen Zentren zusammengestellt werden. Alle Parteien, alle großen Interessensverbände haben solche Korrespondenzen geschaffen und bedienen sich ihrer. Die Regierung nimmt auch ihrerseits das Recht dazu in Anspruch und damit auch das Recht, die ihr geeignet erscheinenden Korrespondenzmittel zu wählen und zu bezeichnen.

Was Art, Inhalt und Wirkung der Erlasse im einzelnen betrifft, so ist vorerst zu betonen, daß die Erlasse nicht, wie es wohl hier und da gesagt worden ist, Geheimerrlässe waren. Sie sind den Verlegern vielfach im Original von den Landräten zur Kenntnis gegeben worden. Damit wurde gerechnet, daß wurde erwartet. Denn die Erlasse hatten das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Der erste Erlaß, der am 7. August 1914, also unmittelbar nach Kriegsausbruch herausging, diente einem besonderen Kriegszweck. Er erging in einem Augenblick, in dem das Zusammenwirken zwischen amtlichem Kriegsnachrichtendienst und Presse noch nicht sichergestellt war, wie es heute der Fall ist, in einem Augenblick, in dem sich noch gar nicht übersehen ließ, in welchem Umfange die Berichterstattung über die Kriegereignisse auch seitens der Obersten Heeresleitung geregelt werden würde. Damals erschien es vor allem im Interesse der Verhütung der zu Anfang erstarrt erregten Volkstimmung als eine dringende Pflicht, die Aufnahme authentischer Nachrichten und Darstellungen über die Kriegereignisse auch in den kleinen und kleinsten Zeitungen sicherzustellen. Die Artikel, deren unflüchtige Verbreitung den Landräten zur Pflicht gemacht wurde, enthielten denn auch lediglich Nachrichten und Tatsachen, die sich unmittelbar auf die Kriegereignisse und die mit dem Kriege zusammenhängende Entwidlung der auswärtigen Politik bezogen. Im ersten Ueber-eifer, und auch hier und da in anfänglich irriger Auslegung des Rechtes des Belagerungszustandes, haben einige Beamte auf Zeitungen einen Zwang zur Aufnahme der gekennzeichneten Artikel auszuüben gesucht, der nicht im Sinne des Erlasses liegen konnte, und den der Minister des Innern nicht gebilligt, und den er nicht gebildet hat, wo er ihn berichtet wurde. In einer besonderen Anweisung hat er Gelegenheit genommen, auf die Unzulässigkeit jeglichen Zwanges ausdrücklich hinzuweisen. Der ganze Erlaß vom 7. August 1914 war eine Kriegsmassnahme, die sich auch äußerlich als solche gab.

Anderen Inhalt und andere Bedeutung hat der Erlaß vom 19. April 1915. Er stellt einen Korrespondenzapparat bereit, dazu bestimmt, der kleinen Presse im weiteren Umfange wie bisher amtliche Nachrichten und amtliches Material zur Verfügung zu stellen, dazu bestimmt, auch über die Ansichten und die Absichten der Regierung draußen im Lande dauernd Klarheit und Wahrheit zu verbreiten. Dieser nach der Ueberzeugung des Ministers des Innern notwendige, den Interessen der Bevölkerung, insbesondere dem zur Wahl berechtigten Teil, ebenso wie den Aufgaben der Regierung dienende Zweck war mit den bislang benutzten zeitungswirtschaftlichen und journalistischen Mitteln nur sehr unvollkommen erreicht worden. Während die Regierung ein kleines offizielles Korrespondenzblatt zum Abdruck verfügbar machte, waren die Kreisblätter längst eingewöhnt in die Vermehrung fertiger Platten und Matrizen, die ihnen von modernen geleiteten und leistungsfähigen Korrespondenzbüros zur Verfügung gestellt wurden. Entschloß sich die Regierung nicht dazu, ähnliche moderne Mittel zur Verbreitung amtlichen Materials zu benutzen, so mußte sie auf die erforderliche rasche Nachrichten-

8 Kilometer von La Courneuve bis Montetu (westlich und östlich der Höhe von Le Médail) erstreckt. Unser Feuer richtete überall die Reihen des Gegners und brachte seine Offensiv-Verweigungen zum Stillstand. Es gelang dem Feinde, für eine kurze Zeit an zwei Punkten unserer ersten Linie, nordöstlich der Höhe von Le Médail und westlich von Montetu Fuß zu fassen, aber ein heftiger Gegenangriff verjagte ihn sofort wieder daraus. Er hat zur jetzigen Stunde nur noch zwei kleine vorgeschobene Grabenrücken in Besitz.

Paris, 11. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag abend. Allgemeine Artillerietätigkeit auf der Front. In harte Weise besagtes Feuer auf die feindlichen Stellungen. Im Chantier-Gebiet schlug unser Feuer weite Kreise in die deutschen Gräben und verurteilte dort Einsätze. In der Champagne dauerte der Kampf während des ganzen Tages an. Eine Reihe von Gegenangriffen ließ uns allmählich fast alle verlorenen Stücke wiedergewinnen. Es bestätigte sich, daß der deutsche Angriff bedeutend war, sowohl was die dabei beteiligten Kräfte, als auch die dabei angewandten Mittel betrifft. Es handelte sich um einen von langer Hand vorbereiteten Vorstoß. Der bedeutende Erfolg zeltigen sollte, aber mit einem vollständigen Mißerfolg endigte. Wir wissen aus sicherer Quelle, daß eine ganze Brigade auf einen einzigen Punkt der breiten Front aufgesetzt war und angriff. Besonders umfassende Artillerietätigkeit im Abschnitt von Dymilien und an dem südlicher gelegenen Teil der Lothringischen Front.

Die englische Meldung.

London, 11. Januar. (B. Z. V.) Bericht aus dem westlichen Hauptquartier vom Montag. Heute ist die Artillerie bei Jauguiffart, Bois Dremer, St. Etot und Speen tätig gewesen. Feindliche Flugzeuge haben bei Strazelle, Hazebrouck und St. Omer Bomben abgeworfen. Eine Frau und ein Kind wurden getötet.

Der russische Generalstabsbericht.

Sankt Petersburg, 11. Januar. (B. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht vom Montag. Westfront. Der gestrige Tag war im allgemeinen auf der ganzen Front ruhig. In Galizien und östlich von Czernowitz hatte der Feind durch unseren heftigen und schnellen Vorstoß große Verluste erlitten und ist durch die erbitterten Gegenangriffe am Styr, durch die er die verloren gegangenen Stellungen zurückerobern wollte, aufgegeben. Während des gestrigen Tages zeigte er fast keine Tätigkeit außer leichten Versuchen, durch Artilleriefeuer und Handgranaten unsere Truppen am Ausbau der dem Feinde genommenen Stellungen zu hindern. Seine Versuche waren überall ohne Erfolg.

Kaukasus. In der Küstengegend näherte sich eine unserer Abteilungen in der Nacht zum 8. Januar unter heftigen Feuer der Türken einer Brücke, die das rechte Ufer des Arhava-Flusses mit einer der besetzten Inseln verbindet, zerstörte die Brücke und zog sich ohne Verluste zurück.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 11. Januar. (B. Z. V.) Heeresbericht vom 10. Januar. Auf der ganzen Front andauernder Artilleriekampf. Der Feind machte im westlichen Umfange Gebrauch von seinen großkalibrigen Geschützen, besonders gegen Jugna Torta und Monte Spil im Südsloven von Rovereto und gegen Monsalcone, er vermochte indessen nur unbedeutenden Schaden anzurichten. Am Abend des 8. d. M. versuchte der Feind einen Infanterieangriff gegen unsere Stellung auf dem Monte Sief bei Col di Lana, aber er wurde sofort durch unsere wachsamsten Truppen zurückgeschlagen.

General Cadorna.

Vom U-Bootskrieg.

London, 11. Januar. (B. Z. V.) Meldung des Neutischen Bureau. Der britische Dampfer „Glan Macfarlan“ wurde versenkt.

Bewaffnung der französischen Handelsdampfer?

Berlin, 11. Januar. (B. Z. V.) Die italienische Zeitung „Corriere Mercantile“ meldet, haben die französischen Handelskapitäne in Marseille beschloffen, einen Antrag auf allgemeine Bewaffnung der Handelsdampfer einzubringen, damit sie nicht nur defensiv, sondern auch offensiv gegen die U-Boote im Mittelmeer vorgehen könnten, wie dies von den Engländern bereits mit Erfolg getan wurde. Das Blatt verlangt, daß der Marineminister Corfi eine entsprechende Verfügung erlasse und alle Dampfer, nicht nur die, welche die Doria befahren, bewaffnet würden, damit die fähigsten Verluste, welche die italienische Marine bisher erlitten habe, aufhören. Alle Dampfer würden dann die Unterseeboote rückwärts angreifen, auch wenn sie selbst nicht angegriffen würden.

Anmerkung der Redaktion des B. Z. V.: Wenn diese Pläne Wirklichkeit werden, so würde das die Kriegsführung der Unterseeboote erheblich erleichtern, da sie diesen bewaffneten Fahrzeugen gegenüber, die gleichbedeutend mit Hilfskreuzern sind, jeder Rücksichtnahme entbehren würden.

Der Verfasser der „Friedensgedanken“.

Zürich, 11. Januar. (B. Z. V.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ lehnt es ab, sich zu den zahlreichen Andeutungen über die Autorschaft der „Friedensgedanken“ zu äußern. Das Blatt stellt nur ausdrücklich fest, daß der von den „Zürcher Nachrichten“ genannte Baziliff Alfred Fried als Verfasser nicht in Betracht kommt.

Asquith und die Arbeiterpartei.

Haag, 11. Januar. (B. Z. V.) Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London erfährt, wurde die Demission der drei Arbeiterminister nicht angenommen. Der Premierminister wird eine Unterredung mit der Arbeiterpartei haben, um die Militärdienstbill zu besprechen.

Rotterdam, 11. Januar. (B. Z. V.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: „Daily News“ sagt im Leitartikel: Die Arbeiterpartei wird an Asquith die Frage richten, ob er die Dienstpflichtbill fallen lassen werde, falls die erneuerte Anwendung der Brückeberger auf eine kleine Minderheit herabmindern sollte, ehe die Bill Gesetzeskraft erlangt hätte. Die Gruppenwerbung ist gestern wieder erneuert worden. Nach den liberalen Blättern war das Ergebnis sehr befriedigend.

Der Nachfolger von Simons.

London, 10. Januar. (B. Z. V.) Amtlich. Generalpostmeister Samuel wurde an Stelle Simons zum Staatssekretär des Innern ernannt.

Kriegsdebatte im Unterhaus.

London, 10. Januar. (B. Z. V.) Neutermeldung. Im Unterhaus wurde ein Antrag eingebracht, die Regierung müsse alle Hilfsquellen im britischen Reich und seiner Verbündeten gegen Deutsch-

land antwenden. Runciman erklärte in der Debatte darüber, England habe die Spannung des Krieges besser ausgehalten als Deutschland. Die deutsche Regierung werde eher durch den ökonomischen Druck als irgend einem anderen von der Zwecklosigkeit, den Kampf fortzusetzen, überzeugt werden. „Wenn wir mit unseren Hilfsmitteln (Parlament) sind, werden wir länger aushalten als Deutschland.“ Runciman wies sodann auf die Schwierigkeiten hin, die sich der Errichtung eines Zollvereins unter den Verbündeten entgegenstellen. Wenn es aber notwendig sein sollte, um den Krieg siegreich zu beenden, zweifle er nicht, daß man dazu übergehen werde. Runciman gab dann seinem Vertrauen Ausdruck, daß England imstande sein werde, sich nach dem Kriege wieder zu erholen, und sagte, daß es Englands Pflicht sei, bei diesem Prozesse Frankreich, Italien und Rußland soviel wie möglich zu helfen. England habe das Recht, zu verlangen, daß Deutschland bei seinem Versuche, sich vom Kriege zu erholen, nichts tue, worunter England und seine Verbündeten leiden könnten. Runciman wies sodann darauf hin, daß die Verbündeten nach Beendigung dieses Krieges nicht den Ausbruch eines wirtschaftlichen Krieges dulden könnten. Er erinnerte mit Nachdruck daran, daß Deutschland schon im ökonomischen Sinne geschlagen sei. „Wir müssen darüber wachen, daß nach einem siegreichen Ausgang des Krieges Deutschland nicht sein Haupt erhebt, um einen ökonomischen Feldzug zu beginnen.“

Lloyd George und der „Forward“.

Haag, 11. Januar. (B. Z. V.) „Nieuwe Courant“ meldet aus London: Im Unterhaus verteidigte Lloyd George die Beschlagnahme des „Forward“, da dieses Blatt sich wiederholt beleidigend über die Reichsverteidigungsakte geäußert habe. Lloyd George gab durchaus zu, daß das Vorgehen gegen Zeitungen und gegen die Pressefreiheit eine ernste Sache wäre. Die Artikel des „Forward“, durch die die Munitiondarbeiter aufgehetzt wurden, hätten den Ausschlag für das Vorgehen der Regierung gegeben.

Seeracht und Brotpreis in England.

Berlin, 11. Januar. (B. Z. V.) Der „Economist“ vom 1. Januar 1916 stellt fest, daß der englische Brotpreis mit 9 Schilling für das Vierpfundbrot wieder den Höhepunkt vom vorigen Mai und damit den bisherigen Höchststand während des Krieges erreicht hat. Beim Ausbruch des Krieges kostete das Vierpfundbrot 5 1/2 Schilling. Bei der Preissteigerung aber ist, was der „Economist“ verschweigt, zu berücksichtigen, daß das Gewicht des Vierpfundbrotes verringert worden ist, so daß unter Zugrundelegung dieses Gewichtsverlustes der jetzige Preis noch weit höher erscheinen würde. Der „Economist“ sieht die Ursache dieser erneuten Steigerung in den hohen Frachten und dem Arbeitermangel, die ihre Wirkungen auf den Preis von Weizen und Weizenmehl ausüben.

Sembat über Parteidisziplin und Ministerialismus.

In der Kammer Sitzung vom 24. Dezember gab der Minister der öffentlichen Arbeiten, Genosse Sembat, in einer Rede über die Regelung der Kohlenfrage folgende Erklärung ab:

„Man sagt bisweilen, daß sich die Regierung in Abhängigkeit von den Sozialisten befinde.“

Der Nationalist Delahaye ruft: „Ihre Freunde finden Sie nicht genug sozialistisch!“

Sembat: Lassen Sie mich Ihnen sagen, daß an dem Tag, wo meine Freunde mich nicht genug sozialistisch finden würden, sie ein einfaches Mittel hätten, mich zu hindern, meine Partei zu verraten. Sie brauchen mir nur zu sagen, daß sie nicht wollen, daß ich an der Regierung teilnehme, und am nächsten Tag würde ich verschwunden sein. (Beifall.) Wir sind aber nicht in die Regierung der Nationalverteidigung eingetreten, um dort Sozialismus zu machen, sondern um die wirksamsten Mittel zur Heilung der vorhandenen Uebel zu finden. Wir suchen in diesem Gesetz keine Erfüllung des Prinzips. Ist das Gesetz gut, nehmen Sie es an, andernfalls verwerfen Sie es. Es handelt sich nur um die Kohle und nichts anderes. Alles andere ist „Literatur“.

Friedenssehnsucht französischer Soldaten.

Genosse H. Snowden hat, wie der „Labour Leader“ mitteilt, aus Anlaß seiner Anfrage an Asquith wegen des Friedens aus Frankreich verschiedene Briefe erhalten. Einer von ihnen lautet:

Paris, 9. Dezember 1915.

Geehrter Herr!

Lassen Sie uns sagen, was das französische Volk denkt. Wir alle wünschen unverzüglich den Frieden. Die französischen Soldaten sind des Krieges müde und es fallen ihrer immer mehr. Wir danken Ihnen für Ihre trefflichen Worte an Herrn Asquith. Ja wir wollen Frieden und das bald. Wir wären unglücklich, wenn das solange weitergeht. Deutschland hat den Krieg gebracht. Deutschland will aufhören. Wir müssen aufhören, nicht zum Wohle Deutschlands, aber zu unserem. Wenn die französischen Soldaten alle getötet sein werden, werden die Engländer gezwungen sein, alle Soldaten zu werden. Darum ist es besser, mit dem Kriege aufzuhören, für sie und für uns, für Rußland und all die anderen, die jetzt ebensoviel leiden.

Glauben Sie uns, die Franzosen werden Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie auf diesem Wege fortfahren.

In Ergebenheit

(Es folgen die Unterschriften mehrerer französischer Soldaten.)

Freisprechung von Dienstweigerungs-Predigern.

Die Rechtsbank zu Aßen in Holland hat unlängst zwei protestantische Prediger, Dr. Vähler und Ougenholtz, die das von den „Christlichen Sozialisten“ herausgegebene Manifest für die Verweigerung des militärischen Dienstes unterzeichnet hatten, von der Anklage der Verbreitung dieser Schrift freigesprochen. Die Begründung dieses Urteils ist in mancher Hinsicht interessant. Zwei von der Anklage zitierte Zeugen haben auf Grund von Beweisen, die den Eid verweigert und sind infolgedessen nicht verurteilt worden. Der dritte Zeuge aber, der bezeugen sollte, daß Dr. Vähler das Manifest verbreitet habe, erklärte, daß er schon gekannt und gebilligt habe, bevor ihm der Angeklagte einige Exemplare davon gegeben habe, so daß er durch die Ueberzeugung nicht habe aufgereizt werden können.

Eine Kriegsgewinnsteuer in Rußland.

Kopenhagen, 11. Januar. (B. Z. V.) „National Tidende“ meldet aus Petersburg: Der Finanzminister hielt zur Erörterung des Planes der Besteuerung der Kriegsgewinne mit den Vertretern des Handels und der Industrie eine Sitzung ab. Sämtliche anwesenden Vertreter sprachen sich gegen die Gesetzesvorlage aus und schlugen an ihrer Stelle die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer vor.

und Materialversorgung der Kreisblätter ganz verzichtet. Deshalb schloß die Regierung ihren amtlichen Nachrichten einem bestehenden Korrespondenzunternehmen an, das mit den erwähnten modernen zeitungstechnischen Mitteln arbeitet. Die durch den Erlaß bewirkte Neuerung liegt also lediglich in der Wahl der Mittel, nicht in der Sache.

Jeder Kenner der Zeitungsverhältnisse draußen im Lande weiß, daß der Wettbewerb des den Zeitungen eines Kreises oder an Orten in nächster Nachbarschaft verbietet, mit dem gleichen journalistischen Text zu erscheinen. Gleichviel, ob der Text die Ansichten der Regierung oder die einer Partei wiedergibt. Die Verbreitung derjenigen Korrespondenz, der ein amtlicherseits beeinflusster Pressedienst angeschlossen ist, mußte von vornherein notwendig darauf beschränkt bleiben, daß die Benutzung nur für ein Organ in jedem Kreise in Frage kam. Diese Tatsache ergab sich denn auch aus den dem Minister des Innern erteilten Bescheiden. Er hat das in einem späteren, in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Erlaß noch ausdrücklich festgestellt. Auch die Bereitstellung der viel besprochenen sogenannten lospfloßen Zeitung kommt, wie jeder Kenner des technischen Zeitungs- und Redaktionsbetriebes weiß, nur in Frage in solchen kleineren, ärmeren Kreisen, in denen es an einem eigentlichen Kreisorgan noch fehlt und die Gründung mit eigenem Verlags- und Redaktionsbetrieb auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt.

Wie der Erlaß vom 7. August 1914 eine reine Kriegsmahnahme war, so hat der Erlaß vom 19. April n. Z. die Zeit nach dem Kriege im Auge, wo große innerpolitische Aufgaben dauernde Kenntnis der Regierungsziele, dauerndes Verständnis für die zur Lösung stehenden innerpolitischen Fragen in der breitesten Öffentlichkeit notwendig machen. Dann erst wird der Nachrichtendienst, den der Erlaß vom April vorseht, in seine volle Wirksamkeit treten, und zwar in einer Form, die über seinen amtlichen bzw. halbamtlichen Charakter keine Zweifel läßt.

Ausdrücklich legt endlich der Minister des Innern Wert auf die Betonung, daß er es als seine Pflicht und ein grundsätzliches Regierungsrecht anerkennt, die Ansichten und die Absichten der Regierung auch mit publizistischen Mitteln vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Das gilt ganz besonders für die Zeit der Wahlen, wo sich die Wähler an den Zielen und an der Meinung der Regierung orientieren wollen und sollen. Es hat jeder Staatsbürger das Recht, nicht nur zu wissen, was die Parteien denken, welche politischen Meinungen von einzelnen großen Zeitungsverlagsgesellschaften vertreten werden, sondern auch davon zu erfahren, wie die Regierung zu den Strömungen und Stimmungen der öffentlichen Meinung steht.

Ebenso sehr wie der Minister des Innern behördliche Beeinflussungsversuche des Wahlergebnisses entschieden verurteilt, ebenso steht er es als seine Pflicht an, zur Wahlzeit im Streit der Meinungen auch die Meinung der Regierung zu nachhaltigem, weithin hörbarem Ausdruck zu bringen. Das muß in erster Linie durch publizistische Mittel geschehen, mit deren Bereitstellung angefangen wird, bevor die großen innerpolitischen Aufgaben nicht bis nach Friedensschluß gewartet werden dürfen. Ein Bruch des Burgfriedens, wie es wohl in einzelnen Zeitungen geschehen hat, kann in der rechtzeitigen Bereitstellung eines Korrespondenzapparates, der erst nach dem Frieden zur Anwendung kommt, um so weniger gesehen werden, als die Erlasse keine Partei, keine politische Richtung ins Auge fassen.

Der modernen Zeit, die Macht und Bedeutung der Presse gewaltig hat erstarren lassen, trägt die Regierung Rechnung, wenn sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben, die Vertretung ihrer Ansichten im Streite der öffentlichen Meinungen, die Wirkungskraft auch des geschriebenen Wortes in Anspruch nimmt. Und die Regierung tritt in keiner Weise irgendeinem berechtigten politischen oder Berufsinteresse zu nahe, da die Rundgebung ihrer Meinung so erfolgen wird, daß die Herkunft niemandem zweifelhaft sein kann.

Zensur und Belagerungszustand vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

(Sitzung vom 11. Januar.)

Abg. Erzberger hebt hervor, daß der ganze Streit sich eigentlich um das Kriegsziel dreht, das man nicht kennt. Die Mitwirkung der öffentlichen Meinung kann die Regierung nicht entbehren, wenn sie zu einem brauchbaren Frieden kommen will. Anguerkennen ist, daß es in das Ermessen der Regierung gestellt bleiben muß, wenn sie den Zeitpunkt für Freigabe der Erörterung der Kriegsziele gekommen erachtet. Die Regierung muß unbedingt zugeben, daß für die kommenden Auseinandersetzungen über die neuen Steuern die Zensur aufgehoben wird. Das geht auf keinen Fall, daß man Steuern unter Ausschluß der Öffentlichkeit beschließt. Die Verfügungen, die an den Voebell-Erlaß geknüpft wurden, sind übertrieben. Das offene Offizientum ist ungeschickter als das geheime. Nur müssen die Artikel deutlich gekennzeichnet werden als offizielle Auslassungen. Das Gesetz von 1851 ist unter Voraussetzungen erlassen worden, die heute nicht mehr zutreffen. Wenn eine Zensur besteht, werden freisprechende Stimmen nicht unterlaufen. Vielleicht wäre es besser, an die Spitze des Kriegs-Presserats einen General zu stellen, der einen größeren Einfluß auf die Ressorts hat. Das Kriegs-Presserat sollte mehr darauf sehen, daß nicht so viele direkt gefälschte Depeschen aus dem Auslande nach Deutschland kommen. Mit der Zulassung von Kriegsberichterstattungen ist man viel zu zurückhaltend, besonders sollten mehr ausländische Berichtersteller zugelassen werden. Die Zensurpresse hat unter der Zensur nicht minder zu leiden, als die Presse anderer Parteien. Dem Reichskanzler die Verantwortung für Zensurverbote zuzuschreiben, ist staatsrechtlich schwer möglich. Deutlicher ist, daß die Zensoren meist keine Blasse Abnung von dem technischen Betriebe einer Zeitung haben.

Ein preussischer Regierungsvertreter gibt Auskunft über die Zusammenlegung des Oberkommandos in den Marken. Der preussische Minister des Innern hatte seinen Presse-Erlaß nur als Kriegsmahnahme gedacht, die der Aufklärung dienen sollte. Dem Minister liegt es fern, die öffentliche Meinung auf Umwegen beeinflussen zu wollen. Durch die neue Korrespondenz will der Minister nur offen mit dem Volke sprechen.

Abg. Heine: Aus dem ganz unhaltbaren Zustand kommen wir nur heraus, wenn der Belagerungszustand aufgehoben wird. Die Regierung sollte die Sache nicht so leicht nehmen. Von einer Notlage des Reiches kann wirklich keine Rede sein. Die Unterdrückung der freien Meinung, diese Ankegelung im Innern, übt den schlechtesten Einfluß auf die Stimmung des Volkes aus. Die Zensoren haben nicht die Vorbildung für diesen Beruf. Besonders schlimm liegt es in Berlin. Die Jugendklasse der Generale entspringen einer absoluten Unkenntnis der Verhältnisse. Die Militärdiktatur ist ein völlig unorganisches Gebilde, das nur Verwirrung stiften kann. Deutschland wird damit vor dem Auslande direkt lächerlich gemacht. Der Wille des Volkes wird aber direkt gefährdet durch Maßnahmen, die dem gesunden Menschenverstande widersprechen. Welchen Sinn hat die Internierung „feindlicher Ausländer“, die in Deutschland geboren und nie aus Deutschland hinausgekommen sind? Nehner führt Beispiele dafür an, wie man durch solche Maßnahmen deutsche Staatsbürger schädigt. Die Polizei bemüht sich auch den Belagerungszustand dazu, die persönliche Freiheit zu beschränken. So hat es der Berliner Polizeipräsident jetzt erreicht, daß auch geschlossene Versammlungen und Gesellschaften unter die Polizeigebäude gestellt wurden. Rechtsidiotische Polizeivorschriften werden einfach in die Form von Anordnungen des Oberkommandos gekleidet. Das Vorenrecht hat man völlig beseitigt; sozialdemokratischen Vereinen verbietet man sogar das Einfließen der Beiträge. Das heißt direkt im Gegenjah zum Burgfrieden, zu dem Worte: „Ich kenne keine Parteien mehr.“ Dieses Vorgehen ist geradezu unverantwortlich. Die Pressezensur hat eine Dummheit auf die andere

gehäuft. Welcher vernünftige Mensch ist denn bereit, sich zum Zensurherzogen zu machen? Den geistig Tätigen verbietet man die Arbeit durch die Zensur der Zensoren. Es handelt sich nicht immer nur um Unfähigkeit, vielfach direkt um Faltscheit und Bosheit. Diejenige Unfähigkeit, die ein Ende gemacht werden. Ein Verbot von Sachverständigen für die Zensur nützt nicht viel. Nehner kritisiert dann mit seiner Ironie den Voebell-Erlaß, der lediglich auf eine Beeinflussung der Presse ausgeht. Die Art, wie für diese Korrespondenz Propaganda gemacht wurde, ist glatter Mißbrauch der Amtsgewalt. Die Zensur hat sogar Zitate aus Goethe als staatsgefährlich gestrichen. Selbst vor Parlamenten macht die Zensur nicht halt; sie verbietet deren Verbreitung. Das ist ein direkter Angriff auf die Würde des Parlamentes. Das Organ des Verbandes der Landarbeiter wird in der Wahrnehmung der Interessen der Landarbeiter ganz besonders behindert. Die Presse der Unternehmer genießt die größte Freiheit; die Abwehr der Angriffe, die von dort gegen die Arbeiter erhoben werden, werden unterdrückt. Bei Erörterung von Kriegszielen und Friedensbedingungen verfährt die Zensur keineswegs unparteiisch. Den Anzeigenpolitikern gewährt man ziemlich Freiheit, die Auslassungen des Bundes „Neues Vaterland“ dagegen, rein wissenschaftliche Arbeiten, werden verboten. Darin liegt ein System, das nicht scharf genug bekämpft werden kann. Die amtliche Kriegsberichterstattung zeigt verschiedene Mängel, die zu berechtigten dringenden Erfordernissen sind. Die Feststellung der Wahrheit kann einem Volk niemals Schaden bringen. Schon von diesem Gesichtspunkt aus ist es zu wünschen, daß die Erörterung der Friedensziele freigegeben wird.

Ministerialdirektor Lewald versichert, daß die Regierung sich keineswegs leicht über die erhebenen Beschwerden hinwegsetze. Die Verbündeten Regierungen mühen aber nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Belagerungszustand jetzt noch nicht entbehrt werden kann. Von der Zensur sollen eigentlich nur Nachrichten über militärische Dinge erfasst werden; bei einem Krieg aber, der gleichzeitig ein Wirtschaftskrieg ist, muß die Zensur weiter ausgedehnt werden. Der diktatorischen Gewalt der kommandierenden Generale ist aber doch auch sehr viel auf den verschiedensten Gebieten der Kriegsvirtschaft zu verdanken. Das alte preussische Kriegsleistungsgesetz hätte nicht genügt. Selbst der „Vorwärts“ hat anerkannt, daß die militärische Gewalt mit der Festsetzung der Löhne vorzüglich gewirkt hat. Daß auf dem Gebiete der Zensur Mißgriffe vorgekommen sind, soll durchaus nicht bestritten werden. Die Reichsleitung ist ernstlich bemüht, Leichtsinn abzuwehren. Wenn nach dem Krieg der Belagerungszustand aufgehoben wird, dann treten selbstverständlich wieder unsere alten Gesetze in Kraft. Der Zensur kann man aber auf keinen Fall vorwerfen, dem Verbot einer Zeitung sich eine Warnung vorzugeben zu lassen. Dem Reichskanzler eine Verantwortung für Verbote von Zeitungen zuzuschreiben, ist eine staatsrechtliche und praktische Unmöglichkeit. Eine Freigabe der Erörterung über die Kriegsziele ist vorläufig ganz ausgeschlossen.

Abg. Solheim befaßt sich eingehend mit dem Voebell-Erlaß, der durch die Verlegung eines Einschuldigungsgeldes nicht harmlos geworden ist. Ganz offenbar dient das neue Unternehmen der Vorbereitung und Beeinflussung der kommenden Wahlen. Letzten Endes muß dieses Verfahren zu offiziellen Wahlen führen. Wie stimmt diese neueste Aktion der Regierung zu der bis jetzt immer wieder aufgestellten Behauptung, die Regierung stehe über den Parteien? Schon jetzt verhalten die Organe der Regierung, Artikel in die Presse zu bringen, und sie scheuen auch nicht davor zurück, einen recht deutlichen Druck auszuüben. Dieses Verfahren hat man z. B. dem Blatte „Heimdal“, dem Organ des Abg. Hanssen gegenüber angewandt. Ein solches Verfahren ist direkt ungeschicklich. Es kann nicht im Interesse des deutschen Volkes liegen, jede Kritik einfach zu unterbinden. Fragen der inneren und der Handelspolitik dürfen überhaupt nicht der Zensur unterstellt werden.

Die Beratungen werden am Mittwoch fortgesetzt.

In dem Bericht über die Sitzung am Montag fehlt ein Zwischenfall. Es muß zu Beginn der Ausführungen des Abg. Stadthagen heißen: Abg. Stadthagen stellt fest, daß er den Ausführungen des Grafen Westarp über die Zensur zustimmen könne, soweit diese Freiheit der Kritik fordern. Die Rundgebung der Fraktion und des Parteivorstandes über Friedensbedingungen habe nur verstimmt in die Presse gelangen können. Die „Deutsche Tageszeitung“ und die ihr nahestehenden Organe, nicht die sozialdemokratischen Blätter, werden von der Zensur begünstigt.

Die fortschrittlichen Abgeordneten haben den Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen, er möge dafür Sorge tragen, daß jedenfalls Fragen der inneren Politik und der Handelspolitik der Zensur nicht unterworfen werden.

Politische Uebersicht.

Zum Zusammentritt des preussischen Landtags.

Die feierliche Eröffnung beider Häuser des preussischen Landtags erfolgt morgen Donnerstag, mittags 12 Uhr, im Weißen Saale. Der Kaiser wird die Thronrede nicht selbst verlesen, er ist verhindert, der Eröffnungssitzung beizuwohnen. Abgesehen von dem Etat werden dem Abgeordnetenhause zunächst zwei weitere Vorlage zugehen, einmal die Vorlage, welche eine Erhöhung der Steuerzuschläge vorsieht, und sodann eine Vorlage, die eine weitere Summe von 110 Millionen Mark für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege fordert. Es handelt sich dabei um eine ähnliche Vorlage, wie sie bereits im vorigen Jahre vom Landtage genehmigt ist. Hiernach erhalten die preussischen Gemeinden und Gemeindeverbände vom 1. Januar 1915 ab zu der Summe, die ihnen das Reich aus dem 200-Millionen-Fonds für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege zur Verfügung stellt, die gleiche Summe vom Staat erlegt. Die vor Jahresfrist bewilligten 110 Millionen werden voraussichtlich bis Ende des Etatsjahres aufgebraucht sein, es ist also eine Neuausschüttung des Fonds erforderlich. Eine weitere Vorlage, das Fischereigesetz, wird dem Herrenhause zugehen. — Ob in der Thronrede die Grundlinien der neuen Wahlrechtsvorlage vorgezeichnet werden, läßt sich noch nicht sagen, das eine aber steht fest, daß die Regierung in dieser oder jeder Form sich darüber äußern wird, wie sie sich die Wahlrechtsvorlage denkt. Von der Einbringung der Vorlage selbst während der Kriegszeit hat sie Abstand zu nehmen beschlossen, um den parlamentarischen Burgfrieden nicht zu stören.

Im Seniorenkongress des Reichstages

wurde am Dienstag mitgeteilt, daß die Budgetkommission mit ihren Beratungen noch nicht zu Ende sei. Die Mittwoch-Vorlesung des Reichstages wird daher wiederum nachmittags 2 Uhr beginnen. Außerdem wurde über zwei weitere Anträge Viebnecht beraten. Der Präsident ist der Meinung, daß diese Anträge nicht der Geschäftsordnung entsprechen und darum von ihm zurückgewiesen werden müssen. Die Mehrheit des Seniorenkongresses teilt die Ansicht des Präsidenten; die beiden Anträge wurden daher auf Grund der Geschäftsordnung als für das Plenum ungeeignet zurückgewiesen.

Kurze Anfragen und Lebensmittelversorgung.

Die gestrige Reichstagsitzung wurde durch drei kurze Anfragen des Genossen Viebnecht eingeleitet. Die Regierung lehnte die Verantwortung aller drei Fragen ab — eine Methode, die weder der sachlichen Klärung der in den Anfragen behaupteten Verhältnisse, noch dem Ansehen der Regierung dient.

An der Stellung der Ergänzungsfragen wurde Genosse Viebnecht trotz der vor einigen Tagen von der „Deutschen Tageszeitung“ erteilten Verhaltensmaßregeln durch lärmende Zurufe des Hauses und die Präsidentenglocke gehindert.

Die Hauptzeit der Verhandlungen nahm die Erörterung der Ernährungsfragen ein, die Genosse Robert Schmidt mit einer ausgedehnten Darstellung der Verhältnisse und Aufgaben der Regierung einleitete. Auf die konkreten Vorschläge ging der Staatssekretär Dr. Delbrück leider nicht ein. Seine Antwort beschränkte sich im wesentlichen auf die häufig genug wiederholten Klagen über die Schwierigkeiten bei der Regelung der Nahrungsmittelversorgung. Die Ausführungen des Regierungsvertreters konnten keineswegs die Hoffnung erwecken, daß die Regierung sich nun endlich zu durchgreifenden Maßnahmen entschließen wird.

Ueber die Steuerabsichten der Regierung

wird von der offiziellen „Parteilosen politischen Korrespondenz“ geschrieben: Es trifft zu, daß höhere Telegrammgebühren erhoben werden sollen; der Staatssekretär Dr. Helfferich hat im Reichstage schon auf die Erhöhung von Verkehrssteuern hingewiesen, durch die der kleine Mann nicht getroffen werde. Daß bei den neuen Steuerplänen auch an die Verkehrssteuern gedacht worden ist, hat seinen Grund in den erheblichen Mindereinnahmen der Reichspostverwaltung (156 Millionen Mark). Es lag daher nahe, eine entsprechende Erhöhung der Gebühren für Briefe, Telegramme, Telefongespräche usw. in Erwägung zu nehmen, zumal man in einzelnen feindlichen Ländern damit schon vorgegangen ist. Man wird sich also mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß man später für die Benutzung der Einrichtungen der Post etwas mehr zu zahlen hat, da nun einmal mindestens 400 Millionen Mark Mehreinnahmen erzielt werden müssen und diese Mehrlast nicht ausschließlich auf entbehrliche Genussmittel abgewälzt werden kann. Außer der Geschäftswelt wird auch das deutsche Zeitungsgewerbe Opfer bringen müssen.

Ob es bei einem zwanzigprozentigen Zuschlag auf den Verkaufspreis der Zigaretten im Einzelhandel (nach der Mitteilung der vereinigten Tabakzeitungen) sein Werden haben wird, ist abzuwarten, jedenfalls dürfte im Bundesrat Neigung vorhanden sein, einen höheren Zuschlag festzusetzen. Die mehrfach geäußerte Befürchtung, daß auch eine Erhöhung der ungedeckten Matrikularbeiträge (also über 80 Pf. für den Kopf) kommen werde, ist unbegründet, die Einzelstaaten brauchen aus ihren direkten Steuern für das Reich nicht mehr herzugeben als bisher. Von den Matrikularbeiträgen sind 194 Millionen gedeckt durch die einzige Steuer, die von den Ueberweisungssteuern den Bundesstaaten verblieben ist, die Branntweinsteuer.

Höchstpreise für künstliche Düngemittel.

Das B. L. B. meldet: In der Bundestagung vom Dienstag wurde durch die Verordnung über künstliche Düngemittel eine umfassende Regelung dieses wichtigen Gebietes beschlossen. Die Verordnung bringt zunächst Höchstpreise für die maßgebendsten Düngemittel, und zwar im Hinblick auf die Verbraucher. Für den Verkauf durch die Fabrikanten sowie im Großhandel werden Höchstpreise nicht festgesetzt, doch erhält der Reichskanzler die Befugnis, im Bedarfsfall auch diese zu bestimmen.

Außer durch die Preisstrebereien, denen die Höchstpreise ein Ziel setzen sollen, fühlte sich die Landwirtschaft noch besonders durch das Mischen von künstlichen Düngemitteln bedroht. In weitem Umfang werden diese Mischungen lediglich zu dem Zwecke der Verschleierung oder Täuschung hergestellt. Um dem vorzubeugen, enthält die Verordnung genaue Vorschriften über die Herstellung von Mischdüngemitteln. Denselben Zweck dient die Bestimmung, wonach der Verkäufer dem Käufer spätestens bei Abschluß des Kaufvertrages eine schriftliche Mitteilung über Art, Gehalt und Form des gefaßten Düngemittels auszuhandigen hat. Hervorgehoben sei, daß alle Bestimmungen nach Möglichkeit den im Düngemittelverkehr bisher üblichen und teilweise lange eingetragenen Abmachungen sich anschließen. — Endlich enthält die Verordnung noch Bestimmungen über das Einsetzen wichtiger Rohstoffe der Düngemittelfabrikation, nämlich der Knochen, Lederabfälle und dergleichen mehr.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung, die Strafbestimmung dagegen am 15. Januar 1916 in Kraft.

Letzte Nachrichten.

Ein bischöflicher Schiedsgerichtsvorschlag über „die deutschen Greuel in Belgien“.

Brln, 11. Januar. (B. L. B.) Die „Köln. Volkszeitung“ erzählt aus der Schweiz: Der belgische Episkopat hat an den deutschen und den österreichisch-ungarischen Episkopat ein Kollektivschreiben gerichtet, in dem die deutschen und die österreichisch-ungarischen Bischöfe aufgefordert werden, zusammen mit den belgischen Bischöfen ein Schiedsgericht einzusetzen, das unter dem Vorsitz eines Neutralen „die von den Deutschen in Belgien begangenen Greuel“ untersuchen soll. Man ist hier der Meinung, daß dieser Vorschlag aus faktischen sowohl wie aus rechtlichen Gründen unausführbar ist.

Vom U-Bootskrieg.

London, 11. Januar. (B. L. B.) Reuter meldet aus London, 11. Januar: Der Dampfer „Clan Macfarlan“ wurde am 30. Dezember versenkt. 3 Offiziere, 4 Maschinisten und 18 Passagiere wurden heute in Malta gelandet. 13 Passagiere starben in den Rettungsbooten.

Beschlagnahme norwegischer Post durch England.

Bergen, 11. Januar. (B. L. B.) Meldung des norwegischen Telegraphen-Bureaus. Während des Aufenthaltes des Dampfers „Langenforb“ in Kirkwall wurden 185 nach Norwegen bestimmte Säckel Post zurückgehalten.

Unruhen in Marokko.

Bern, 11. Januar. (B. L. B.) Eine Sondermeldung des „Temps“ aus Rabat spricht von lebhaften Bewegungen der Eingeborenen. Abd el Kafil beginnt wieder eine tätige Propaganda, ohne jedoch Erfolg zu erzielen. Man meldet ferner eine Agitation bei den Beni Barain, deren mächtiger Scheich französische vorgeschobene Posten zu überrumpeln versucht habe, aber unter Verlusten zurückgeschlagen worden sei. Der Agitator Sidi Rafo sei wieder aufgetaucht und habe sein Lager südlich vom Posten von Anceur aufgeschlagen. Oberst Simon bereits mit verstärkten Abteilungen die Zerstreuung dieser Herde vor. Bei Sid el Maine habe ein Treffen zwischen den abtrünnigen Bajan und einer Abteilung französischer Truppen stattgefunden, das für die Franzosen siegreich verlaufen sei. In der Gegend des Ghardaboues hätten die Djibala ein unermessenes Araberdorf ohne Erfolg angegriffen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnregelung für Militärräbarbeiten.

Neben den Bemühungen des Schneiderverbandes, mit den Berliner Wäscheabfabrikanten einen Lohnsatz für alle von den Militärbetrieben ausgehenden Wäsche- und sonstigen Räbarbeiten zustande zu bringen, läuft eine gleichfalls vom Schneiderverbande ausgehende Bewegung, deren Ziel der Abschluß eines Tarifs mit den Zwischenmeistern ist, welche seither große Kosten von Militärbetrieben an Arbeiterinnen ausgegeben haben. Die Löhne, welche die Arbeiterinnen für diese Hemden erhielten, schwanken zwischen 1,50 und 3 M. für das Duzend. Selbst der Satz von 3 M. wird noch als unzureichend angesehen. Wenn Arbeitgeber, welche Hemden zu solchen Lohnsätzen in Arbeit gaben, vor der Schlichtungskommission der Militärschneider verklagt wurden, machten sie den Einwand, sie lieferten nicht direkt für die Heeresverwaltung und seien an deren Bestimmungen nicht gebunden. Der wirkliche Auftraggeber konnte fast nie ermittelt werden. Um nun endlich auch auf diesem Arbeitsgebiet zu einer Regelung der Löhne zu kommen, hatte sich die Berliner Ortsverwaltung des Schneiderverbandes an das Gewerbeamt gewandt. Infolgedessen hatte Magistratsrat v. Schulz eine Reihe von Zwischenmeistern zu einer Besprechung eingeladen, die am Dienstag abgehalten wurde.

Anfangs schied es, als ob die Zwischenmeister — wenigstens die, welche das Wort führten — wenig Neigung zu einer tariflichen Regelung haben. Zwar behaupteten sie nicht gerade, daß die von ihnen gezahlten Löhne keiner Aufbesserung bedürften, aber — meinten die Redner — die Zwischenmeister könnten in der Sache nichts tun. Sie bekämen selber nicht 3 M. für das Duzend und könnten deshalb nicht mehr wie 1,50 bis 2 M. zahlen. Es würde ihnen unangenehm sein, wenn sie höhere Löhne bekämen. Dann würden sie den Arbeiterinnen mehr zahlen und sich noch besser dabei stehen als jetzt. Runge (der als Vertreter des Schneiderverbandes anwesend war) möge doch seinen Einfluß im Bescheidungsamt nach dieser Richtung geltend machen. Dann würde die Sache schon gehen. — Darauf erwiderte Runge, sein Einfluß werde überschätzt. Die Zwischenmeister sollten sich nur selber rühren und für ihre Interessen etwas tun und nicht immer damit rechnen, daß sie sich bei niedrigen Preisen an den Arbeiterinnen schadloß halten können. Wenn, wie es scheint, hier keine Neigung zum Abschluß eines im beiderseitigen Interesse liegenden Tarifs bestehe, dann würden die Arbeiter andere Wege einschlagen müssen, um auch für die Wäschehersteller zu einem Lohnsatz zu gelangen, wie sie ihn für die Militärbekleidung längst erreicht haben.

Die Sitzung endete mit der Einsetzung einer Kommission, die unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz und dem sachverständigen Beirat des Wäscheabfabrikanten Vrh einen Tarif beraten wird. Wenn ein solcher zustande gekommen ist, dann will Magistratsrat v. Schulz — wie er sagte — seinen Einfluß beim Bescheidungsamt des Gardekorps dahin geltend machen, daß die Tariflöhne als allgemein bindend erklärt werden.

Teuerungszulage und Lohnsatz im Glasergewerbe.

Am 31. Dezember 1915 war die Verpflichtung zur Zahlung der Teuerungszulage im Glasergewerbe abgelaufen. Auf ein Schreiben der Ortsverwaltung Berlin des Glaserverbandes an beide Arbeitgeberorganisationen, die Teuerungszulage auch fernerhin weiter zu zahlen, bekam die Verwaltung folgende Antwort:

An den Zentralverband der Glaser Deutschlands
Ortsverwaltung Berlin
z. H. des Herrn St. Fiegel

Berlin

Andreasstraße 75.

In Erledigung Ihrer Zuschrift vom 9. d. Mts. und im Anschluß an unser Schreiben vom 21. d. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß in der am 28. d. Mts. stattgehabten Sitzung beschlossen wurde, offiziell von der weiteren Gewährung der Teuerungszulage

abzusehen. Trotzdem haben sich die Arbeitgeber zur freiwilligen Zahlung der Teuerungszulage bis auf weiteres bereit erklärt.

Hochachtungsvoll

Verband der Glaserien und verwandter Gewerbe
von Berlin und den Vororten
gez. Karl Jost, Vorsitzender.

Der Lohnsatz für das Berliner Glasergewerbe ist von keiner Seite aufgekündigt worden.

Deutsches Reich.

Lohnforderungen der sächsischen Bergleute.

Die Bergarbeiter in Sachsen haben nach einer Reibung aus Dresden den Bergwerksverwaltungen am Montag neue Lohnforderungen unterbreitet. Es werden verlangt für jede Schicht 20 Pf. Erhöhung und eine Unterstützung von 2 M. monatlich für jedes Kind. Die freiwillig gewährten Teuerungszulagen werden als völlig unzureichend bezeichnet. Das Kgl. Bergamt wird um Vermittlung gebeten.

Ausland.

Die österreichischen Genossinnen zur Mobilisierung der Arbeiterinnen.

Auf eine Aufforderung der österreichischen Heeresleitung an die Frauen, sich mehr der Kriegsdienstleistung als Arbeiterinnen und Angestellte zuzuwenden, erwiderte das Reichskomitee der österreichischen Sozialdemokratischen in einem Beschlusse, daß es einer besonderen Propaganda nicht bedarf, um die Frauen dem Erwerbsleben zuzuführen. Mit Entschiedenheit wird betont, daß der Anerkennung der weiblichen Arbeitskraft, welche die Heeresleitung äußerte, die Entlohnung keineswegs entspricht. Nachdrücklich wird daher erneut die Forderung nach gleicher Entlohnung erhoben. Desgleichen müsse auf die ununterbrochene Durchführung der Bestimmungen des Arbeiterinnengesetzes gedrungen werden.

Metallarbeiterstreik in Barcelona.

Die Agence Havas meldet aus Madrid: Ein Generalstreik der Metallarbeiter hat am Montagmorgen in Barcelona begonnen. Alba erklärte, als er die Leitung des Ministeriums des Innern übernommen habe, hätte er ernsthafte vertrauliche Mitteilungen seitens der Arbeiter empfangen, die ihm mitgeteilt hätten, daß internationale Agenten das Land bereisten und einen Generalstreik in ganz Spanien zu Beginn des Jahres 1916 vorbereiteten, um die Auswanderung von Arbeitern in ausländische Fabriken zu begünstigen. Die Regierung sehe, daß dieses Programm sich in Barcelona verwirklicht habe, sie werde gemäß den Ereignissen handeln.

Die Erklärung, die Herr Alba für das Vorgehen der Arbeiter hat, klingt rechtlich phantastisch. Es dürfte sich um eine wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter handeln, die in Spanien von jeher schnell zu „Generalfstreiks“ geführt hat.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Danziger Oelmühlen A. G., die im Vorjahre mit 348 908 M. Verlust abschloß, erzielte im letzten Geschäftsjahr 223 811 M. Bruttogewinn, wovon 102 941 M. abgeschrieben und 119 873 M. auf Gewinn verbucht wurden.

Kapitalistischer Opfermut.

Aus New York wird uns geschrieben: In den Vereinigten Staaten ist bekanntlich viel englisches Kapital angelegt. Die Veranlassung dieses Kapitals zu Kriegseinsparungen im Heimatlande hat nun manch sonderbare Ereignisse gezeitigt. Der Schatzkanzler McKenna hat entschieden, daß auch die englischen Fabriken im Ausland die Kriegsteuern zahlen müssen. In Wisconsin im Staate Connecticut befindet sich die Billimantic-Wälgarn-Gesellschaft, deren Besitzer Engländer sind. Die Gesellschaft hat schon 990 000 Dollar als englische Kriegsteuern bezahlt. Das hat die englischen Kapitalisten arg verärgert. Sie haben beschlossen, im laufenden Jahre überhaupt keinen oder nur geringen Profit zu machen, damit sie nicht wieder angehalten werden können, ihr Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen. Zu dem Zwecke soll der Betrieb erweitert, neue Maschinen angeschafft und ein

Lagerhaus gebaut werden. Auch für ihre amerikanischen Arbeiter will die Firma etwas tun. Ein Vergnügungspark soll angelegt, die Straßen sollen gepflastert werden und die Feuerwehre bekommt ein schönes neues Gebäude. Nach den Zeitungsberichten sind die Einwohner von Billimantic sehr ungelassen über das Vorgehen der englischen Steuerbehörde und verlangen das Einschreiten der Bundesregierung. Deshalb sie ungelassen sind, ist eigentlich nicht einzusehen, profitieren sie doch durch den Entschluß des englischen Schatzkanzlers und den Unmut ihrer Arbeitgeber. Der Vorfall, der kaum vereinzelt dastehen dürfte kennzeichnet eine der Methoden, nach der das in der ganzen Welt umhervagabundierende Kapital sich der nationalen Leistungen entziehen kann.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 426 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1., 2., 3., 4. und 5. Garde-Regiment zu Fuß; 6. Garde-Infanterie-Regiment; Garde-Grenadier-Regiment Alexander, Elisabeth, Augusta und Nr. 5; Garde-Schützen-Bataillon. Lehr-Infanterie-Regiment, Grenadier- bzw. Infanterie-, bzw. Füsilier-Regiment Nr. 1, 3 bis einschl. 7, 9, 10, 33, 34, 35, 41, 42, 43, 45 (f. auch Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 212), 46 bis einschl. 49, 53, 54, 55, 67, 69, 70, 72, 74, 75, 76, 79, 80, 82, 84, 85, 89, 91, 94 (f. Minenwerfer-Kompagnie Nr. 88), 99, 109, 117, 129, 131, 136, 138, 140, 141, 147, 148, 151, 155 bis einschl. 163, 165, 168, 171 bis einschl. 174, 176, 190, 331 bis einschl. 334, 336, 345, 347. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 1, 3, 34, 35, 36, 55, 68, 69, 76, 79, 80, 81, 90, 98, 99, 110, 116, 209, 211 bis einschl. 215, 217, 219, 222 bis einschl. 225, 227, 260, 270, 272. Reserve-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1 und 3. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 3 bis einschl. 6, 9, 32, 49, 55, 71, 72, 75, 76 (f. auch Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 69), 83, 85 (f. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 116), 109, 110, 118. Jäger-Bataillon Nr. 4; Reserve-Bataillone Nr. 11 und 14. Gebirgs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 212 und 251; Feld-Maschinengewehr-Jüge Nr. 29 (f. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 109), 102 (f. Grenadier-Regiment Nr. 89), 110 (f. Infanterie-Regiment Nr. 74).

Kavallerie: Dragoner Nr. 5, 7 (f. Kavallerie-Regiment von Flotow), 14, 18; Husaren Nr. 1, 3, 4, 8; Ulanen Nr. 2; Reserve-Ulanen Nr. 1; Jäger zu Pferde Nr. 7. Kavallerie-Regiment Nr. 87 und v. Flotow. 1. und 2. mobile Ersatz-Eskadron des 5. Armeekorps (lehrt f. Kavallerie-Regiment Nr. 87). 3. Landwehr-Eskadron des 2. und 1. des 8. Armeekorps.

Feldartillerie: 3. Garde-Reserve-Regiment, Regiment Nr. 5, 6, 7, 51, 53; Reserve-Regiment Nr. 15, 19, 20, 59. Gebirgs-Lanonen-Batterie Nr. 1.

Rufartillerie: Bataillonstab Nr. 218.

Pioniere: Regiment Nr. 19, 23, 24, 31; Bataillone: II. Nr. 6, I. Nr. 7, I. und II. Nr. 10, II. Nr. 11, I. Nr. 14, II. Nr. 16, II. Nr. 17, I. Nr. 21, I. Nr. 26, I. Nr. 27; Reserve-Bataillon Nr. 34. Pionier-Kompagnien Nr. 100, 104, 229, 233, 241; Reserve-Kompagnie Nr. 81; 1. Landwehr-Kompagnie des 14. Armeekorps. Pionier-Verlagerungstrain Nr. 20. Scheinwerferzug des 7. Armeekorps. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 10, 13, 38, 233.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahndirektion V. Fernsprech-Abteilung Nr. 9 und solche des Landwehrkorps. Feldfliegertruppe. Stappen-Kraftwagenpark Nr. 8.

Train (f. auch Pioniere und Munitionskolonnen): Fuhrparkkolonne Nr. 3 der 56., Nr. 44 der 83. Infanterie-Division und Nr. 181. Feldbäckereikolonnen Nr. 63 und 106.

Munitionskolonnen: Kommando der Munitionskolonnen und des Trains des 10. Reservekorps. Artillerie-Munitionskolonne Nr. 159.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 2 des 17. Armeekorps (f. Sanitäts-Kompagnie Nr. 105) und Nr. 105 der 105. Infanterie-Division. Stappen-Sanitäts-Kraftwagen-Abteilung Nr. 8; Stappen-Sanitätskraftwagen-Kolonnen Nr. 1 und 2.

Die württembergische Verlustliste Nr. 328 meldet Verluste des Grenadier-Regiments Nr. 119; Infanterie- und Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 120; Füsilier-Regiment Nr. 122; Grenadier- und Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 123; Infanterie-Regiment Nr. 124, 125, 126, 127; Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 246, 248. Verluste durch Krankheiten. Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: zum 1. Male: Der Silberpelz.
Donnerst.: Ein Sommerschmerz.
Kammerspiele.
8 Uhr: Der Weibsteufel.
Donnerst.: Der Weibsteufel.
Volkshöhle. Theater a. Bülowpl.
8 1/2 Uhr: Trauulus.
Donnerstag: Hamlet.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
Komödie der Worte.
Drei Einnakter von Artur Schnitzler.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die seltsame Exzellenz.

Luisen-Theater.
4 Uhr: Aschenbrödel.
Tägl. 8 1/2: Bettelstudenten.
Donnerstag, 13. Januar 1916:
Zum 25. Male:
Bettelstudenten.

Apollo THEATER
Direktion Adolf Voigt
Telef.: Litrow 1841

Circus Busch
Tägl. 8. Sonnt. u. Sonnt.
3 1/2 u. 8 Uhr das so beliebte
Prunk-
Auss'att-
Stück
Ein
Winter-
märchen

Palast
Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Ein Luxus-Programm!
Leo Morgenstern
in seiner Szene
Der ungediente Landsturm
L.-Auspiß — Alice Rejan
Arras-Trio — Karl Pauly
Vos — R. Steidl usw.

Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater in der Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Götz v. Berlichingen.
Komödienhaus
8 Uhr: Die rätselhafte Frau
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Von den Karpathen bis
Brest-Litowsk.
8 Uhr:
Im Kampfe um Konstantinopel.

Rose-Theater.
8 1/2 Uhr: Der Weg zum Glück.
Freitag: Lieb Vaterland.
Walhalla-Theater.
4 Uhr: Aschenbrödel.
8 1/2 Uhr: Lieb Vaterland.

Berlins
reichhaltigstes
Varieté-
Programm.
Nur ausserlesene
wirkliche Schlager!
Anfang 8 Uhr.

Gesch. d. großart. Jan.-Prog. u. a.:
Zum 1. Male:
„Goldchen“ in bisher von einer
Gangart. d. hob. Schule, gerit. u. d.
beliebt. Schulfreit. Martha Mohrke.
Wegen des fortgeht. ungelähmten
Anbrangs, d. beliebt. Nachmittags-
Vorst. a. viel Wunsch nochmals
Sonnt., 15. Januar, nachm. 3 1/2, 11.
Gr. Sonder-Jugend-
Vorstellung
mit „Ein Wintermärchen“.
Ungeliebt. Ungerührt.
1 Kind frei (außer Galarie)!

Voigt-Theater.
Sadstr. 58. Sadstr. 58.
Wittmoor, den 12. Januar:
Familie Buchholz.
Goldschid in vier Akten von Leon
Trepton.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Theater für Mittwoch, den 12. Januar.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: Die Entführung a. d. Serrail.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
(Donna Juanita).
8 Uhr: Der pfiffige Kadett.
Gebr. **Herrfeld.** Theater
8 Uhr: Rosenblatt's Geheimtip
Kleines Theater.
8 Uhr: Henriette Jacoby.
Komische Oper.
8 Uhr: Jung muß man sein.
Lustspielhaus.
8 1/2 Uhr: Alles aus Gefälligkeit.
Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).

Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Der Weltenbummler.
Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Der Dornenweg.
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Zwei glückliche Tage.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.
Theater am Vollendorfpl.
3 1/2 Uhr: Die Stützen d. Gesellschaft
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: D. Fräulein v. Ami
mit Guido Thielscher.
4 Uhr nachm.: Frau Holle.
Trianon-Theater.
4 Uhr: Klein-Rotkäppchen.
8 1/2 Uhr: Verheiratete Junggesellen.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
Hagedorn's Wundergrotte
Perzinas Neu-Drossuren
Hun Guno's Chinesentruppe
Georg Bauer, Improvisator
Barnes u. King, Zauberparodist.
Geschw. Klöss, gymnast. Akt
Karl Franke m. seinem Kamerader
Rob. Sellings kom. Drossurakt.
Dazu:
„Flotte Bursche“
Operette von F. v. Suppl.
Mitwirkende:
Eise Barna — Käthe Hansen
Hanna Ewald — Steffi Walldt
Kurt Busch — Josef Conradi
Gustav Matzner — Heinrich Peer

Apollon THEATER
Direktion Adolf Voigt
Telef.: Litrow 1841
Berlins
reichhaltigstes
Varieté-
Programm.
Nur ausserlesene
wirkliche Schlager!
Anfang 8 Uhr.
Billetvorverk 11—1 a. d. Kasse
sowie Werthelm u. Invalidenf.

Deutsche Kriegsausstellung
Ausstellungshallen am Zoo
Geöffnet
10—9 Uhr Eintritt 50 nach 6 Uhr 25 Pfg. Montag
Abf. 1.—

Admiralspalast
Eis-Arena
Großes
Eis-Ballett.
1 1/2, 9 Uhr. u. 3, 4, 11.
Heute Nachmittags-Konzert in der
Eis-Arena. Eintritt 1,50 M.
Vorzügliche Küche.
Possen-Theater
Linienstraße, a. d. Friedrichstr.
Melonenbaum.
Posse mit Gesang v. Theo Halton.
Meschuge ist Trumpf
Posse i. 2 Akt v. Leonh. Haskel mit
Leonh. Haskel u. Siegfried Berisch.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich: **Großes Konzert.**
Berliner Konzerthaus-Orchester
Leiter: Komponist Franz v. Blon.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 14. Januar: **Gr. Wohlthätigkeits-Konzert**,
veranstaltet vom Verein der Bureau-Sekretäre und Assistenten des Ma-
gistrats Berlin zum Besten der Witwen u. Waisen verstorben. Mitgl.
Berantw. Redakt.: Alfred Diele, Reußföln. Inseratenteil berantw. Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Borwärt's Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbül.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
Die von der Emden
Anfang 8 Uhr.
Für Militärper-
sonen vollkomm-
ener Zutritt zu
d. Stett. Sängern.

Bei Influenza, Fieber und
Herzensschmerz werden mit **Jogal-**
Tabletten — selbst in verzweifeltsten
Fällen — geradezu überraschende Er-
folge erzielt. Wertiglich glänzend begut-
achtet. In Apothek. zu M. 1.40 u. M. 3.50.
Jogal

Casino-Theater
Vorbringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Neu! Neu! Neu!
Was machste nu?
Bosse in 3 Aufzügen von Hans Beng.
Abendlich härmlicher Weissag.
Dazu das erhit. Spezialitätenprog.
Sonntag 4 Uhr: **Familie Zänke.**

Reichstag.

26. Sitzung, Dienstag, den 11. Januar 1916, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Helfferich, Deßbrück. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Anfragen des Abgeordneten Liebknecht.

Die erste lautet:

Ist dem Reichskanzler bekannt, daß während des jetzigen Krieges im verbündeten türkischen Reich die armenische Bevölkerung zu Hunderttausenden aus ihren Wohnsitzen vertrieben und niedergemetzelt ist? Welche Schritte hat der Reichskanzler bei der verbündeten türkischen Regierung unternommen, um die gebotene Hilfe herbeizuführen, die Lage des Restes der armenischen Bevölkerung in der Türkei menschenwürdig zu gestalten und die Wiederholung ähnlicher Greuel zu verhindern?

Zur Beantwortung der Anfrage erhält das Wort

Geheimrat Herr v. Stumm: Dem Reichskanzler ist bekannt, daß von unseren Gegnern angezettelt aufrührerische Kundgebungen in Armenien stattgefunden haben, wodurch die türkische Regierung veranlaßt worden ist, die armenische Bevölkerung bestimmter Bezirke auszuweisen und ihr neue Wohnstätten anzuweisen. Ueber die Rückwirkung dieser Maßnahmen auf die Bevölkerung findet gegenwärtig ein Gedankenaustausch mit der türkischen Regierung statt. Nähere Einzelheiten können nicht mitgeteilt werden.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) will eine Ergänzungsanfrage stellen:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß Prof. Lepsius geradezu von einer Ausrottung der türkischen Armenier sprach und daß für diese Greuel von der christlichen Bevölkerung der Türkei die deutsche Regierung verantwortlich gemacht? ...

Präsident Kappeler erklärt, es handle sich um eine neue Anfrage, dazu könne er das Wort nicht erteilen.

Abg. Dr. Liebknecht: Ehe der Herr Präsident nicht die Anfrage zu Ende geführt hat, wird er nicht in der Lage sein, zu beurteilen (Heiterkeit), ob es sich um eine neue Anfrage handelt oder nicht. Im übrigen hebe ich hervor, daß der Herr Präsident nicht aus eigenem Antrieb (Rufe: Oho!) zu der Auffassung gelangte, sondern daß ihm aus dem Hause erst zugerufen wurde.

Präsident Dr. Kappeler: Ich verbitte mir die Kritik an meiner Geschäftsführung. (Beifälliger Beifall.) Wir kommen zur folgenden Anfrage:

Abg. Dr. Liebknecht verliest die nächste Anfrage:

Ist die Regierung bereit, dem Reichstage schleunigst Material vorzulegen über die Lage der Bevölkerung in den von Deutschland besetzten fremden Gebieten, ihre Versorgung mit Lebensmitteln (Nahrung, Kleidung, Unterkunft), ihren Gesundheitszustand, ihre Rechtslage, über Zahl, Art und Grund der gegen sie von den deutschen Behörden verhängten Strafen und Verurteilungen, über den Umfang der an ihr vollzogenen militärischen Requisitionen und die dabei befolgten Grundregeln sowie über die Höhe der ihr, besonders der belgischen Bevölkerung, auferlegten Kontributionen.

Zur Beantwortung erhält das Wort Ministerialdirektor Lewald. Der Reichskanzler ist nicht bereit, das von dem Abg. Dr. Liebknecht gewünschte Material dem Reichstage vorzulegen, er wird aber, wie bisher über die Tätigkeit der Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten auf Wunsch der Kommission für den Reichshaushalt Auskunft erteilen.

Abg. Dr. Liebknecht will eine Ergänzung:

Wieviel Orte und Gebäude sind von den deutschen Militärbehörden seit Beginn des Krieges zum Zweck der Vergeltung zerstört — wieviel Menschen zum gleichen Zweck gefangen und getötet — wieviel Menschen zum gleichen Zweck gefangen und getötet, die der Präsident jedoch für eine ganz neue Anfrage erklärt.

Abg. Dr. Liebknecht verliest die dritte Anfrage:

Ist die Regierung bereit, dem Reichstag unverzüglich das Material vorzulegen a) über die von den deutschen Militär- und Zivilbehörden während des Krieges auf Grund des Belagerungsstatus an den betroffenen allgemeinen und besonderen Wohnregeln zur Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechts und der persönlichen Freiheit (Versammlungsverbote, Vereinsauflösungen, Eingriffe in das Briefgeheimnis, polizeiliche Überwachung des Telefonverkehrs, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen usw.) insbesondere über die Zahl der während des Krieges ohne gerichtliches Verfahren in militärische und polizeiliche Haft (cachot) gebrachten Zivilpersonen, über Grund und Dauer dieser Haft, b) über Zahl, Höhe und Grund der während des Krieges gegen Angehörige der Armee erlassenen Strafen und über den Befangenendbestand der Militärgefangnisse seit Beginn des Krieges.

Ministerialdirektor Lewald: Der Reichskanzler ist nicht bereit, das von dem Abg. Dr. Liebknecht gewünschte Material dem Reichstag vorzulegen. (Zuruf Liebknecht: Auch das ist bezweifelnd. — Hört! hört!)

Der Präsident rügt diesen Zuruf als unzulässig.

Liebknecht: Ich bitte ums Wort zur Ergänzung: Weiß der Herr Reichskanzler, daß in Deutschland von den Militär- und Polizeibehörden fast alleinstimmig „schwarze Kabinette“ eingerichtet sind (Heiterkeit), in denen die Korrespondenz politisch mißliebiger Personen, u. a. auch von Abgeordneten, heimlich geöffnet ... (Lärmende Zurufe; Klode des Präsidenten.)

Abg. Dr. Liebknecht: Ich protestiere gegen diese Vergewaltigung der Geschäftsordnung durch den Herrn Präsidenten und das Haus.

In zweiter Beratung wird der Gesetzentwurf über die weitere Zulassung von Hilfsmittelliedern im Patentrecht bis zum 31. März 1919 debattiert angenommen. Es folgt der Bericht der Kommission für den Reichshaushalt über

Ernährungsfragen

(Berichterstatler Graf Westarp).

Abg. Robert Schmidt-Berlin (Soz.):

Nachdem wir 17 Monate lang mit der Kriegswirtschaft durchgehalten haben, werden wir auch in der weiteren Zukunft, wenn es auch schwer sein mag, weiter durchhalten können. Die Voraussetzung ist aber, daß sehr weitgehende Eingriffe in das Wirtschaftsgetriebe erfolgen. Die sonstigen freien Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft können unmöglich aufrecht erhalten werden; wir müssen unsere Wirtschaft auch auf Kriegsbasis stellen, es muß vor allem in der Preisbestimmung die freie Konkurrenz ausgeschlossen werden. Wir haben an einer Reihe von wichtigen Verbrauchsgüterarten Mangel zu verzeichnen, und dieser Mangel kann nur behoben werden durch zweckmäßige Organisation. Ich möchte als notwendige Maßnahmen vor allem vier Forderungen aufstellen: 1. für bestimmte Nahrungsmittel muß ein einheitliches Verteilungssystem durchgeführt werden; 2. die Preisbildung muß der freien Konkurrenz entzogen werden; 3. bei der Preisfestsetzung darf nicht Rücksicht genommen werden auf Spekulationspreise, sondern auf die tatsächlichen Produktionskosten; 4. müssen Sicherungen getroffen werden gegen eine Verfallung der Nahrungsmittel.

Die Regierung hat ja in der Richtung unserer Forderungen eine Art Lösung versucht, aber lange nicht mit der Entschiedenheit, die notwendig ist. All diese Verordnungen sind viel zu spät ergangen.

Das hat zur Folge gehabt, daß die Preise in eine so unerträgliche Höhe kamen, daß die Konsumenten unnötigerweise schwer belastet wurden. Und weiter ist Folge des zu späten Eingreifens gewesen, daß verhältnismäßig

wiel zu hohe Höchstpreise

festgesetzt wurden, so daß sie weit über das Maß des Zulässigen und Erträglichen auch gegenwärtig hoch hinausgehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Ferner hat durch die verspätete Festsetzung der reellen Handel unnötig große Nachteile gehabt insofern, als er sich vorher zu hohen Preisen die Waren verschafft hatte und dann durch den plötzlichen Preissturz bei der Festsetzung der Höchstpreise in Verlegenheit kam. Außerordentlich betrübend ist, daß gegenwärtig schon wieder von allen Seiten der Interessentengruppen, der Produzenten und des Handels dahin gearbeitet wird, diese Höchstpreise wieder zu erhöhen. Ich möchte an dieser Stelle die auferordentlich nachdrückliche Warnung für die Regierung aussprechen, nach einer so kurzen Wirksamkeit der Höchstpreise jetzt abermals für wichtige Nahrungsmittel die Preise wieder in die Höhe zu schrauben. Das wäre völlig unbedeutend und würde einen Sturm der Entrüstung bei der Bevölkerung hervorrufen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie konnte die Regierung überhaupt zu diesen bitteren Klagen Anlaß geben, warum hat sie uns nicht bei Zeiten nachdrücklich geschügt gegen diejenigen, die die Notlage des Volkes so gewissenlos ausnützen. Warum hat sie uns dieser Auswucherung überantwortet, die die Leiden, die der Krieg schon ohnehin mit sich bringt, noch weiter erhöht. Gibt es doch nichts Aufreißenderes als die hohen Kriegsgewinne der großen Erwerbsgesellschaften, gerade auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ist das zu vereinbaren mit dem, was auf der anderen Seite an Opfern, an Gut und Blut von der großen Masse gebracht werden muß! Sogar die Industrien, die unter den Höchstpreisen stehen, und der Handel haben große Gewinne aufzuweisen. Das beweist, daß die Höchstpreise durchaus nicht immer das Interesse der Konsumenten gewahrt haben. (Sehr richtig!) Wir Sozialdemokraten sind nicht überfordert durch diese Vorgänge. Wir wissen: im kapitalistischen Betriebe spielt der Eigennutz und die Gewinnlust eine herrschende Rolle, und der Krieg macht diese Neigungen nur noch ungestümer. Da ist es gerade die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, dafür zu sorgen, daß Hemmungen dieser Art nicht eintreten. Allerdings werden alle Kräfte mobil gemacht seitens der Produzenten und des Handels, um diese Hemmungen nicht eintreten zu lassen. Ja, diese Abneigung geht hinauf in alle Verwaltungsbezirke unserer Regierung bis in die Spitzen der Regierung. Alles, was wir auf wirtschaftlichem Gebiet an Erfolgen zu verzeichnen haben, ist nur nach schwerem Drängen und nach Anregung von anderer Seite gekommen. Wir werden darüber nach dem Kriege vielleicht ein offeneres Wort reden können als gegenwärtig. Vielsach wird behauptet, die Produzenten müßten so hohe Preise bekommen, daß sie nicht das Interesse an der Produktion verlieren, insbesondere in der Landwirtschaft. Auch meine Freunde haben wiederholt betont, daß für eine ganze Reihe von Verbrauchsgüterarten gegenwärtig höhere Preise notwendig sind als in Friedenszeiten. Tatsache ist aber, daß die Preisberechnungen für landwirtschaftliche Produkte in keinem Falle unter 50 Proz. gestiegen sind, aber hinaufgehen bis 200 und 300 Proz. Dann kann nicht davon die Rede sein, daß der Anreiz zur Produktion in Frage gestellt ist. Wer das noch behauptet, der beweist ein so übergroßes Maß von Anprüdeln, und eine solche Verleumdung der Gesamtinteressen der Bevölkerung, daß mit solchen Leuten eine Verständigung auch nur auf einer mittleren Linie ausgeschlossen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man muß auch bedenken, daß dem Anreiz zur Produktion gegenübersteht der Anreiz zur

Erbitterung großer Volksschichten

über das Unerträgliche des gegenwärtigen Zustandes. Weiter weisen die Interessentengruppen darauf hin, es komme darauf an, überhaupt die Produkte zur Stelle zu haben, ganz egal, welche Preise bezahlt werden. Die hohen Preise, die durch wüsten Ueberbieten der Händler beim Einkauf im Auslande künstlich erzielt worden sind, sollen dann den Inlandspreis regulieren. Das ist ein ganz ungeheurer Zustand, der leider auch heute noch nicht durch Bundesratsverordnungen völlig ausgeschaltet ist. Ich erinnere an die Vorgänge bei der Festsetzung der Gemüsehöchstpreise. Eine große Händlergruppe hat alle Verträge mit dem Ausland annulliert, um den Einbruch zu vermeiden, daß Gemüse zu den Höchstpreisen überhaupt nicht mehr auf den Markt zu bringen sei. Das ist nichts als eine künstliche Beeinflussung des Marktes, um den leitenden politischen Kreisen bange zu machen vor der Festlegung von Höchstpreisen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ein ganz unglücklicher Gedanke, daß wir jeden Preis bezahlen müssen, um nur bestimmte Verbrauchsgüter vom Auslande zu bekommen. Was nützt es denn der Masse, wenn hinter prächtigen Fensterscheiben alle möglichen Nahrungsmittel ausgestellt sind, wenn die Preise so hoch sind, daß die Massen dabei als Konsumenten ausgeschlossen werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es wird viel darüber gestritten, wer die Schuld an den Preissteigerungen trägt. Wir meinen sowohl die Produzenten wie der Handel haben ihr vollen Anteil an der Schuld an den Vorgängen. Wie groß die Abneigung gegen die Regulierung der Preise in Produzentenkreisen ist, hat mir vor kurzem wieder die Stellungnahme des Deutschen Landwirtschaftsrates gegen die Höchstpreise für Schweine bewiesen, während es doch Tatsache ist, daß der freie Wettbewerb auf diesem Gebiete so hohe Preise gebracht hatte, daß die Zustände unendlich wurden. Es ist ein Gefühl des Eitles, das einen beschleicht, wenn man sieht, eine wie große Zahl von Wasserprozenten der Deffektivität bekannt werden. Wir sind, wie gesagt, nicht überhaupt gegen höhere Preise, aber wir verlangen, daß ihre Berechtigung im einzelnen geprüft wird. So behauptet der Bund der Landwirte und die „Deutsche Tageszeitung“, daß

die Höhe der Löhne der Landarbeiter

erheblich gestiegen sind. Wir haben eine Umfrage veranstaltet und haben dabei zum Beispiel festgestellt, daß auf einer Reihe von Gütern in der Provinz Brandenburg die alten Löhne für die Arbeiter ohne erhebliche Änderungen fortbestehen wie vor dem Kriege. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf einigen Gütern sind 20 Pfennig pro Tag Lohnzulage gewährt worden. In der Provinz Sachsen sind von 15 großen Gütern auf 13 keine Zulagen gewährt, in Schleswig-Holstein von 30 Gütern auf 10, und so geht es fort, überall nur ganz unbedeutende Zulagen auf einzelnen Gütern. Sie glauben gar nicht, was bei den Landarbeitern für eine Erbitterung herrscht. Leiden doch diese Kreise unter den hohen Preisen für alle notwendigen Verbrauchsgüter fast ebenso wie die städtische Bevölkerung. Und die Abhilfe der Naturalleistung, die infolge der Organisation der Getreideversorgung erfolgen mußte, ist vielfach auf großen Gütern derart erfolgt, daß sie weniger Geld erhielten, als ihre Naturalleistung gegenwärtig wert war. (Hört! hört!) Niemals ist der Gegensatz zwischen ländlichem Proletariat und Grundbesitzern so groß in die Erscheinung getreten wie gegenwärtig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Besonders hohe Gewinne haben die großen Unternehmungen erzielt, die mit der Landwirtschaft in Verbindung stehen. So hat die Aktiengesellschaft für Verwertung von Kartoffelfabrikaten unter Erhöhung ihrer Abschreibungen im letzten Jahre von 103 000 auf 880 000 M., unter Zurückstellung eines besonderen Referendums von 100 000 M. einen Reingewinn von 882 000 gegen 420 000 M. im Vorjahre erzielt. (Hört! hört!) Die ostelbische Spiritfabrik hat ihre Dividende von 12 auf 18 Proz. erhöht. Geradezu aufreizend für die Bevölkerung sind die hohen Gewinne der Zuckerfabriken. Da gibt es Fabriken, die ihre Dividende von 8 auf 18

Prozent, von 8 auf 20 Proz., von 15 auf 30 Proz., von 24 auf 40 Prozent erhöht haben. (Hört! hört!) An diesen Riesengewinnen ist nur die Höchstpreispolitik schuld. Sind doch die Zuckerpreise von 9,50 auf 12 M. erhöht. Wenn jetzt die Zuckerinteressenten verlangen, daß der Preis für Rohzucker gar von 12 auf 16 M. erhöht werden soll, so ist das eine Unverschämtheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im Handel geht es nicht viel besser. Sehr betrübend ist, daß wir auch mit den Kartoffeln in Schwierigkeiten gekommen sind. Von 52 bis 64 Millionen Tonnen sind höchstens 6 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung bereit gestellt und selbst dieses Quantum ist bis heute nicht uneingeschränkt zur Verfügung gestellt worden. Sie werden eben in den Kreisen der Interessenten zurückgehalten (Zuruf rechts: Nein), weil man auf noch höhere Preise hofft. Bei dieser ganzen Organisation haben unsere Verwaltung und unsere ersten verantwortlichen Stellen versagt. Die Bundesratsverordnung hat die Zwangsbabgabe nur auf dem Papier. Die preussische Verwaltung hätte die Aufgabe gehabt, wenn ihr wirklich die Kriegswirtschaft am Herzen läge, nicht die Polizeiwirtschaft und was aus den künftigen Wahlen wird (Sehr gut! links) die Landräte dafür verantwortlich zu machen, daß die Kartoffelvorräte in ihren Bezirken richtig verteilt werden. Einige Landräte haben sich gewiß Mühe gegeben, aber der Landrat von Roers hat feststellen müssen, daß in seinen Kreisen Kartoffeln zurückgehalten werden, ebenso mußten in einem Vorort von Mainz Kartoffeln von außen eingeführt werden, obwohl 3000 Zentner am Ort vorhanden waren, die eben zurückgehalten wurden. (Hört! hört!) Und wie sieht es mit der

Fleischversorgung

aus? Rühig hat die Regierung zugehört, daß die Schweinepreise bis über 300 Proz. über den normalen hinausgingen, ehe sie eingriff, trotzdem wir himmelhoch gebeten haben, die Zurückhaltung lassen zu lassen. Jetzt sind die Preise noch um 100 Proz. höher als zu normalen Zeiten, aber sie sind doch beträchtlich herabgesetzt worden, und nun sehen wir, daß der Auftrieb auf den Märkten ganz außerordentlich gering ist, trotzdem eine genügende Zahl von Schlachttieren vorhanden ist. Auch die städtische Verwaltung vermag hier, sie müßte mit den Produzenten direkt in Verbindung kommen und den Viehhandel ausschalten. (Sehr richtig! links.) Für den Viehhandel ist charakteristisch ein Urteil in Leipzig gegen einen Händler, der wegen übermäßigem Gewinn zu 100 M. Geldstrafe verurteilt ist, wobei das Gericht sagte, daß sämtliche Händler sich in ähnlicher Weise strafbar gemacht haben. (Hört! hört!) Man darf auch nicht ruhig zusehen, daß die Schweine in die Konzentrationen wandern; eine Fleischkonzernefabrik mit einer Million Mark Betriebskapital hat über eine Million Bruttogewinn und 30 Proz. Dividende verteilt. (Hört! hört!) Das zeigt, was während des Krieges in dieser unglücklichen Weise verdient und eingekassiert wird. Können Sie sich wundern, wenn die Bevölkerung die Schuld verliert und aufgeregt wird, wo solche Gewinne gegenüber stehen den ärmlischen paar Groschen der Kriegerväter, die jeden Pfennig umdrehen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Bei dem Mangel an Schweinen ist auch der Preis für Rindvieh bedenklich gestiegen und durch den großen Auftrieb von Rindvieh kommt unsere Milchproduktion in Gefahr. Auch hier müßte eine Beschlagnahme unter Berücksichtigung der Interessen der einzelnen Viehhalter eintreten, um die Fleischversorgung sicherzustellen. Es muß eine Einschränkung auch für die Reichen eintreten, denen auch zum Bewußtsein gebracht werden muß, daß sie sich in Kriegszeiten im Interesse der Gesamtheit einzuschränken haben.

Auf die Notwendigkeit der Butterkarte

ist schon wiederholt in der Presse hingewiesen worden. Während die ärmere Bevölkerung sich zu Hunderten vor den Läden drängt, wird in Berlin W die Butter in Postpaketen aus den Meierereien bezogen. Immer wieder sieht man, wer den Geldbeutel hat, kann sich auch die Unbequemlichkeiten abwaschen, die der Mangel an dem notwendigen Bedarf mit sich bringt. Schon längst hätte der Bezug von einzelnen Postpaketen direkt aus den Meierereien verboten sein müssen.

Bei den Futtermitteln sind die Höchstpreise viel zu hoch festgesetzt; auch hier sehen wir eine unbedeutende Rückschneidung auf den Landwirt. An Futtermitteln hatten wir in diesem Jahre eine glänzende Ernte, die städtischen Vorkrämer müssen aber 1,50 M. für den Zentner bezahlen gegen früher 80 Pf. Am schwersten leiden unter dem Futtermangel die Industriearbeiter auf dem Lande, die selbst etwas Vieh haben. Auch die Interessen der kleinen Gewerbetreibenden sind von der Regierung bei dem Rohstoffbezug nicht genügend gewahrt worden, die Preise der Rohstoffe gehen weit über das notwendige Maß hinaus.

Hunderttausende kleiner Existenzen sind zugrunde gegangen, aber wir sehen auch tausende aufsteigen, sich aus dem Sumpf emporstrecken, durch wucherische Geschäftspraktiken. Wenn nach dem Kriege die sozialpolitischen und die Lohnfragen mit diesen Spekulant und Wucherern geregelt werden sollen, so werden wir eine Gesellschaft am Besten sehen, mit denen es viel schwerer auszukommen sein wird als sonst, denn gerade diese Leute haben vor den berechtigten Ansprüchen anderer keine Achtung.

Ungeheuerlich sind die Preissteigerungen für Leder, und damit auch der Verdienst der Lederfabriken; eine Fabrik z. B., die mit einem Kapital von 12 Millionen Mark arbeitet, hatte einen Bruttogewinn von 40 Millionen aufzuweisen. (Lebhaftes Hört! hört!) Darin liegt die schärfste Verurteilung unserer Höchstpreispolitik und auch eine scharfe Verurteilung der Interessenten, die in dieser maßlosen Weise Ansprüche an die Militärverwaltung stellten, die auch sicherlich von ihnen falsch informiert worden ist. Man weiß auf das Ausland hin, wo die Preise noch höher seien. Wir haben aber zu prüfen, ob die Höhe der Preise bei uns berechtigt ist und können uns nicht damit trösten, daß es dem Ausland noch schlechter geht. Mehrfach haben die Militärbehörden eingegriffen, wo es eigentlich Sache des Reichsamts des Innern wäre. Das Reichsamt des Innern muß sich deshalb klar werden über seine wichtige Aufgabe in dieser ersten Zeit und es sollte seinen Augenblick zögern, sondern jede Gelegenheit ergreifen, um Ordnung in unsere Produktion und Konsumtion hineinzubringen. Allerdings gehört dazu festes Durchgreifen und das Reichsamt des Innern sollte die nötige Energie von selbst aufbringen. In der Brotfrage ist man mit der Regulierung schnell vorgegangen, ohne alles vorher zu übersehen, und es ist gut gegangen. Es würde uns zum Vorteil gereichen, wenn das Reichsamt des Innern öfter etwas wagen, und nicht immer nur erwidern würde. Wir können nur wiederholen: die Lebensmittelversorgung ist ein Teil unserer Kriegsführung, sorgen wir dafür, daß der Bürger uns nicht in eine Situation drängt, die für uns alle schlimm zu ertragen wäre. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Deßbrück:

Das Ernährungsproblem muß nach wie vor im Vordergrund unseres Interesses stehen. Die eingehenden Verhandlungen in der Kommission haben zu einer vollkommenen Einigung darüber geführt, daß wir in diesen schweren und ernsten Zeiten unter den besonders gearteten wirtschaftlichen Verhältnissen des Krieges die Versorgung des Marktes und die Preisbildung nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen dürfen, sondern daß wir mit fester Hand eingreifen müssen, daß wir auch vor Härten nicht zurückschrecken, wenn die Sicherheit des Vaterlandes es erfordert. Wir werden bis zum nächsten Jahre, wenn wir zusammen und haushälterisch umgehen, wenn wir unsere Lebensgewohnheiten den Verhältnissen anpassen und wenn wir weiterhin mit Erfolg die Verteilung und den Konsum regulieren können. Der Vordredner hat gemeint, wenn die Maßnahmen des Reiches in Preußen nicht immer den gewünschten Erfolg gehabt hätten, so siege das an einem

Durchführung des preussischen Ministers des Innern, der nach der Meinung des Vordemers nicht das nötige Maß an Unterstützung hat guttun lassen. Das ist nicht richtig. Ich stelle ausdrücklich fest, daß der preussische Minister des Innern von Anfang bis zu Ende bestrebt gewesen ist, mir die weitgehendste Unterstützung zuteil werden zu lassen, und daß der preussische Senat auf diesem Gebiete nicht verlagert hat. (Sehr richtig!) Wenn nicht alles geklappt hat, so liegt das eben an der Schwierigkeit der Aufgaben die den ohnehin überlasteten Behörden gestellt waren. Handelte es sich doch bei diesen Maßnahmen um eine Umwälzung vieler politischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Anschauungen, die bis zum Kriegsanfang unser politisches und wirtschaftliches Leben beherrschten. Es ist nicht leicht, eine große Verwaltung und ein ganzes Volk unter so schwierigen Verhältnissen in wenigen Monaten zu einem völligen Umlernen und Umdenken zu bringen. (Zustimmung.) Dazu ist erforderlich, daß bis zum Gemeindevorsteher herab eine jede Behörde sich der Schwierigkeiten bewußt ist die überwunden werden müssen, und sich über die Zusammenhänge und Ursachen klar wird, die zu der Umgestaltung geführt haben. Die Schwierigkeiten bestehen vor allem darin, angesichts der

Knappheit an notwendigen Lebensmitteln

für eine gerechte Verteilung zu sorgen. Die Steuerung besteht im feindlichen und neutralen Ausland genau wie bei uns, die Preise für einzelne Artikel sind sogar höher. Dieser Hinweis soll nicht dazu dienen, etwaige Mängel unserer Organisation zu entschuldigen, sondern soll klarlegen, daß die Ursachen dieser überall auftretenden Erscheinung außerordentlich verschieden sind. Im Ausland besteht der freie Handel fort, die Meere sind offen, die Zufuhr aller Bedürfnisse ist theoretisch gegeben; wir sind von jeder Zufuhr abgeschnitten und die Ernährung und Erhaltung unseres Volkes ist allein auf das gestellt, was das Land selbst hervorbringt. So stehen die Dinge. Die Freiheit der Meere hat England, Frankreich und Italien nicht vor Schwierigkeiten schützen können. Aber der Aufschwung unserer eigenen Produktion und die Vortrefflichkeit der Organisation unserer inländischen Verhältnisse hat uns stärker gemacht als das Ausland, das nach der äußeren Lage unter günstigeren Verhältnissen leben müßte als wir. Daraus müssen wir die Lehre ziehen: Erhöhung unserer Produktion und eine weitgehende zielbewusste Organisation der Verteilung der Lebensmittel. In dieser Stelle muß ich aussprechen, daß wenn wir der Schwierigkeiten insoweit Herr geworden sind, als uns das gegliedert ist, wir dabei in erster Linie zu nennen und dankbar zu rühmen haben unser Eisenbahnenwesen und seine Leitung. (Beifall.)

Schon im Frieden haben wir ertragen, ob man der von Zeit zu Zeit eintretenden spekulativen Verknappung des Marktes zum Zweck von Preissteigerungen entgegenzutreten könne. Jetzt im Kriege sind wir durch die Bundesratsverordnungen zu einer ganzen Reihe scharfer Strafbestimmungen gekommen. Aber diese Mittel können einen nennenswerten Erfolg nicht haben, solange wir nicht in der Lage sind, auf die Preise selbst einzuwirken. Der Grundsatz, daß man Höchstpreise feststellen soll, ist sehr leicht zu erheben. Aber festzusetzen, was legitimer Verdienst des Handels ist, was die Produktionskosten des Landwirts, der Industrie sind und wieviel zugelegt werden muß, das ist eine Schwierigkeit, deren man nur allmählich Herr werden kann. Es ist gelungen, durch eine Organisation, deren Aufgabe es ist, die preisbildenden Faktoren zu finden. Die Preisprüfungsstellen. (Der Staatssekretär gibt eine systematische Uebersicht über die bestehenden Maßnahmen und erläutert eingehend die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Preisprüfungsstellen und schließt diesen Teil seiner Ausführungen:) Hier ist tatsächlich ein großer staatlicher Apparat geschaffen und ich hoffe, die Ergebnisse der in den einzelnen Preisprüfungsstellen und in ihren Ausschüssen, von der obersten Stelle bis in die kleinste Gemeinde geleisteten Arbeit in einer regelmäßig erscheinenden Druckschrift allen Verwaltungsstellen regelmäßig mitteilen zu können. Hier ist der Punkt, wo der Hebel eingeseht werden muß, um die Höchstpreisfrage wirksam zu bearbeiten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit allen beteiligten Kreisen die Förderung und Pflege der Preisprüfungsstellen, ihre Entwicklung zu nützlichender Tätigkeit möglichst an das Herz legen. Eine unrichtige Festsetzung von Höchstpreisen oder ihre einseitige Bemessung muß unweigerlich den Markt tören und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, an der uns besonders liegt, direkt unterbinden. Beschlagnahme ist leichter gefordert als durchgeführt. Der ideale Weg einer Zentralorganisation hierfür ist zweifellos der, den wir bei Getreide und Futtermitteln beschritten haben. Hier war die volle Erfassung der Vorräte, die Regulierung der Preise und des Verbrauchs in allen Einzelheiten gelungen und es wird mir oft genug gesagt, warum das Beispiel der Reichsgetreide- und Reichsfuttermittelstelle nicht auch auf anderen Gebieten nachgeahmt wurde. Getreide wird aber nur einmal im Jahr reif, es ist verhältnismäßig leicht aufzubewahren und zu betreiben und die Produkte daraus sind verhältnismäßig leicht zu rationieren. Erleichtert wurde diese Zentralisation dadurch, daß wir die ganze Produktion an Brotgetreide für die menschliche Nahrung in Anspruch nehmen konnten und im vorigen Jahre auch in Anspruch genommen haben. Wir konnten uns darauf beschränken, ein Verfüngungsverbot zu erlassen, und hatten uns nicht darum zu kümmern, ob noch andere große Mengen desselben Artikels irgendwo vorhanden sind. Anders ist es bei den Kartoffeln. Eine zentrale Beschlagnahme einer Ernte von 54 Millionen Tonnen, wovon vielleicht 50 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung verbraucht werden, ist nicht möglich. Wir haben aber ohne Zwangsorganisation bei bestimmten Bedarfsartikeln eine ausreichende zentrale Regelung erreicht, zum Beispiel beim Getreide. Wir hatten hier wenige, verständnisvoll geleitete Konzerne, die im Einvernehmen mit der Reichsleitung die Preise regelten und ihre schon bestehende Organisation für die Bearbeitung der vorhandenen Mengen zur Verfügung stellten, so daß die Durchführung in musterhafter Weise erfolgte. Auch bei der Kohlenversorgung ist das möglich gewesen. Der neu geschaffene Berat für Ernährungsfragen beim Reichsamt des Innern ist vor einigen Tagen zusammengetreten. Das Hauptgewicht bei seinen Verhandlungen lege ich auf die engen und dauernden Beziehungen, die auf diese Weise zwischen Reichstag und Bundesrat angeknüpft werden. Ich hoffe, daß die Mitglieder des Beirats aus diesem Hause ihrerseits auch nun dem Volke Aufklärung geben über die vielen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind und über die Absichten, die wir mit unseren Maßnahmen verfolgen. Ich hoffe, daß auf diese Weise der Kontakt hergestellt wird, ohne den wir unsere schweren Aufgaben in der Gegenwart nicht erfüllen können. Die Bevölkerung muß in diese diesgestaltige Organisation für die Volksernährung mit dem festen Willen hineingehen, aus ihr herauszuholen, was herausgeholt werden kann, und muß sich an den Arbeiten dieser Organisation beteiligen, durchgeführt von dem Willen zum Siege, der hier im Innern genau so die Bürgschaft für den endlichen Erfolg ist wie für unsere Kämpfer draußen. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Raßinger (8.):

Das deutsche Wirtschaftslieben hat die Belastungsprobe dieses Weltkrieges glänzend ertragen. Es dürfen ihm aber nicht mehr Opfer auferlegt werden, als notwendig. Ermöglicht wurde der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik dadurch, daß auch die Landwirtschaft ihre Schuldigkeit getan hat. Daß sie dazu in der Lage war, ist eine glänzende Rechtfertigung unserer Sozialpolitik. Das Brotartenregime muß zunächst auch auf die übrigen Gegenstände des Bedarfs ausgedehnt werden. Die Zwangsorganisation ist nur durchführbar bei gutem Willen aller Beteiligten. Es wächst das Vertrauen zwischen Erzeugern und Verbrauchern, die in dieser Zeit aufeinander angewiesen sind. Nicht materiell zu erschöpfen, nicht seelisch zu ermatten ist das deutsche Volk, wenn es zusammenhält. (Waboo! im Zentrum.)

Hg. Dr. Boehme (Bauernbund)

kritisiert die wechselnden Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung. Die neuen Kartoffelhöchstpreise können den Bedürfnissen der Landwirtschaft genügend entgegen. — Zur Sparsamkeit muß die reichere Bevölkerung eventuell gezwungen

werden. Die Zusatzkarten beim Brot sind vielfach auch an Leute gegeben worden, die es keineswegs nötig hatten. (Zustimmung reich.) Mit der Brotfrage hängt auch die Frage der Versorgung des Mähdengewerbes zusammen. Notwendig ist eine Statistik darüber, wie weit das Mähdengewerbe leistungsfähig ist und wie weit es von den Kommunen unterstügt wird. Mit Recht müssen die kleinen und mittleren Mähdler verlangen, daß sie nicht ohne Beschäftigung gelassen werden, während die Großmähdler Tag und Nacht arbeiten müssen, zumal diese Großmähdler vielfach solche sind, die im Frieden importiertes Getreide vermahlen und das Mehl wieder exportieren. Den Wünschen der Mittelstandseigenen im Mähdengewerbe sollte nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. — In der Frage der Fleischversorgung muß vor allem für eine genügende Schweinemast gesorgt werden, die die einzige Möglichkeit bietet, die arbeitende Bevölkerung ausreichend mit Fett zu versorgen. Die kleinen Leute müssen sich heute die Futtermittel vom Munde absparen, um ihr Schwein durchzuführen (Weiterer), es muß ihnen die Möglichkeit erleichtert werden, die Schweinemast durchzuführen. Auch unter dem Gesichtspunkt der Vermehrung des Düngers und so der Erleichterung der Getreideproduktion angesichts des Mangels an künstlichem Dünger ist die Vermehrung der Viehproduktion dringend notwendig. — Wegen die deutschen Professoren, wie z. B. gegen Prof. Sering, sind wegen ihrer Vorklänge auf diesem Gebiete sehr ungerechte Vorwürfe erhoben worden. Ich halte es für eine Ehrenpflicht, die Professoren gegen solche Vorwürfe in Schutz zu nehmen. — Die Futtermittelverteilung muß besser organisiert werden. Unerbört ist, was heute alles als Futtermittel angeboten wird. (Sehr richtig! rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 2 Uhr.

Schluß 7,7 Uhr.

Zur Parteispaltung.

Von Otto Rühle.

Ich will kein Wort verlieren über den Wert der Parteieinheit für den Kampf gegen die feindlichen Gewalten des Proletariats. Kein Wort auch darüber, wie unverantwortlich, ja gewissenlos es wäre, diese Einheitlichkeit fribol gefährden oder zerstören zu wollen. Das sind für jeden Parteigenossen, welchem Lager er angehöre, selbstverständliche Erkenntnisse und Urteile.

Aber über Parteispaltung reden ist noch nicht Parteispaltung zu reden. Was man eine Diskussion über Parteispaltung als verfrüht und verfehlt ansehen, weil sie die Propaganda für Mehrheits- oder Minderheitsauffassung erleichtert, mag man sie für klärend und nützlich halten, weil das Ausprechen dessen, was ist, ein elementares Gebot ethischer Politik bedeutet und letzten Endes sich doch als das tatsächliche Richtige erweist — ich erachte den Zeitpunkt für gekommen, wo das Thema Parteispaltung auf die Tagesordnung der Parteidiskussion gesetzt werden muß.

Seit langem schon ist die Parteispaltung vorbereitet. Meinungsverschiedenheiten von rechts und links haben tiefe Gegensätze geschaffen und die Partei in zwei Lager geschieden. Der nach dem Dresdener Parteitag gebliebenen, die revisionistisch-opportunistische Strömung sei abgetan, sah sich getäuscht. Unerkennbar trieb mit jedem Jahre mehr die Gesamtpartei, ohne im allgemeinen die radikale Theorie und Praxis aufzugeben, der reformistischen Pragmatik zu. Der entscheidenden Umkehr wurde es, wie die letzten Parteitage beweisen, immer schwerer, ihre Position zu behaupten. In der Reichstagsfraktion entschied häufig genug die An- oder Abwesenheit eines Genossen, ob Beschlüsse im grundsätzlichen oder opportunistischen Sinne gefaßt wurden. Ein unerquicklicher und auf die Dauer unhaltbarer Zustand.

Der Krieg brachte die Krönung und den Sieg der opportunistischen Politik. Was normalerweise vielleicht noch Jahre zur Reife erfordert hätte, vollendete sich mit einem Schlag. Die erdrückende Mehrheitsmehrheit, gestützt und gedeckt vom Parteivorstand, dem Parteiausschuß, der Pressekonferenz, der Generalkommission und den Zentralvorständen, setzte eine Kriegspolitik durch, die sich praktisch in nichts unterschied von der Politik der bürgerlichen Parteien und der Regierung. Anerkennung des Burgfriedens, Bewilligung der Kriegskredite, Bekennnis zur nationalen Solidarität, Preisgabe der grundsätzlichen Budgetverweigerung, Neuorientierung der Taktik nach opportunistischen Gesichtspunkten — das sind die charakteristischen Momente der neuen Wera in der Partei.

Damit hatte die Sozialdemokratie aufgehört zu sein, was sie vor dem Kriege war. Eine neue Partei war offiziell an ihre Stelle getreten. Kolb, der offenste und konsequenteste unter den Opportunisten, gibt das rückhaltlos zu. Die oben aufgekommene Richtung in der Partei, erklärt er, vertritt ein ganz neues System. Der Umkehrpunkt ist ein völliger Bruch mit der Vergangenheit. Nur die Minderheit um Dieblich hält noch die Grundzüge aufrecht, die vor dem 4. August 1914 in der Partei geltend waren.

Es stehen sich also gegenwärtig innerhalb der Partei zwei Parteien gegenüber. Die alte (Minderheit) mit den alten Parteigrundsätzen mit dem Ziele der Ueberwindung des Kapitalismus, die neue (Mehrheit) mit dem opportunistischen Prinzip des Reformismus und der Anpassung an den Kapitalismus. Die konsequente Rechte erblickt in der Auffassung der Linken unfruchtbarere Negation und hoffnungslose Phantasie, die konsequente Linke verurteilt die Abkehr der Rechten als Verrat an den Grundsätzen des Sozialismus und Auslieferung des Proletariats an seine Feinde. Zwischen beiden Auffassungen und Lagern ist keine Verständigung und Ueberbrückung mehr möglich. Wo diese Tatsache verstanden, wozu die Augen vor ihr verschließen?

Nach dem Willen der Mehrheit soll die Kriegspolitik der Fraktion zur dauernd geltenden Parteipolitik werden. Wir haben die Rede meines in Stuttgart und Davids Proklamation der Volkspolitik vernommen, wir wissen, daß die Stellung der Sozialdemokratie zur Monarchie, zum Militarismus, zur Kolonial- und Weltpolitik einer grundsätzlichen Revision unterzogen werden soll. Kolb erklärt: entweder befolgt die Sozialdemokratie künftig eine konsequent reformistische Politik oder sie ist auf lange Zeit hinaus bankrott.

Die Minderheit ist entgegengelegter Auffassung. Sie hält die gegenwärtig von der Mehrheit verfolgte und für die Zukunft propagierte Politik für untragbar mit den Interessen der Arbeiterklasse, ja geradezu für ein Unglück und für den Bankrott des Sozialismus. Ihrer Ueberzeugung nach führt zur Befreiung des Proletariats einzig der Weg, der bis zum 4. August 1914 beschritten worden ist. Deshalb erstrebt sie mit allen Kräften die Rückkehr zur „alten, bewährten, siegekrönten Taktik.“

Was soll nun werden? Nehmen wir an, die Mehrheit behauptet sich noch während der ganzen Dauer des Krieges. Soll sich dann die Minderheit andauernd unterordnen und alles über sich ergehen lassen, unbefürchtet ob dabei Grundzüge und schließlich beschworene Beschlüsse über Bord geworfen werden und die Interessen der Arbeiterklasse schwersten Schaden erleiden?

Die Unterordnung unter den Mehrheitswillen, entsprechend demokratischer Gesinnung, war rasam und unbedenklich, solange man mit einer kurzen Kriegsdauer und der baldigen Abhaltung des Parteitag zu rechnen war. Daran ist, wie die Dinge jetzt liegen, nicht mehr zu denken. Große politische Ereignisse werden sich vollziehen, Entscheidungen werden erfolgen, die für das Proletariat von allergrößter Bedeutung sind. Soll, ja darf sich die Minderheit ausschalten lassen, um ruhig und latentlos zuzusehen, wie die Mehrheitspolitik — ihrer Ueberzeugung nach — schlimmstes Unheil anrichtet? Oder hat sie nicht vielmehr die Pflicht, ohne Rücksicht auf die formalen Gebote der Disziplin, einzugreifen und aktive Politik in ihrem Sinne zu machen? Diese Frage stellen, heißt sie bejahen. Mit ähnlichen Gedankengängen hat Kaustich deshalb eine Sonderaktion der Minderheit begründet und gerechtfertigt; ein Teil der Minderheit hat die Argumente und Schlussfolgerungen in parlamentarische Handlungen umgesetzt. Diese Sonderaktion sehe ich für den

ersten Schritt der Fraktionspaltung — und konsequent weitergedacht — auch der Parteispaltung an.

Bleibt denn die nächste Parteitag gebe der Mehrheit recht. Was wird dann die Minderheit tun? Wird sie, nachdem sie bereits im Parlament ihren eigenen Weg zu gehen und Politik auf eigene Faust zu treiben begonnen hat, sich dann dem Mehrheitswillen unterwerfen? Wird sie ihre Ueberzeugung aufgeben, ihre Grundzüge vergraben, um den meiningstolzen Trotz der Opportunisten zu bilden? Davon kann absolut keine Rede sein. Also bleibt nur die Abpaltung.

Oder aber angenommen, die Minderheit wird während des Krieges noch, spätestens nach dem Kriege zur Mehrheit. Was wird dann die Rechte tun? Wird sie sich zersprengen und von der radikalen Mehrheit auffressen lassen? Wird sie sich den Phantasten, Dogmatikern, Kladderadatschpolitikern löblich unterwerfen, um in Zukunft radikale Politik zu machen? Ausgeschlossen. Der Opportunismus wird keineswegs verschwinden, denn die Bedingungen, die seine Entstehung und Entwicklung begünstigten, werden fortbestehen, vielleicht gar besser werden; der Opportunismus ist eben doch keine bloße Erfindung oder Erzeugung von Menschen, sondern der — wenn auch schief und einseitig betonte — Ausdruck bestimmter ökonomischer und sozialer Voraussetzungen. Bei der Konsequenz, mit der bisher die opportunistische Richtung ihre Ziele verfolgte, ist außer Zweifel, daß sie, kann sie sich in der Fraktion und Partei nicht mehr behaupten, resolut die Abpaltung vollziehen wird. Das Auftreten der Legien, David, Seine usw. bestätigt dies.

Wie aber nun, wenn weder im einen noch im anderen Falle die jeweilige Minderheit sich zur freiwilligen Abpaltung entschließt? Wenn beide — so aber so — erklärt: Einheit der Partei um jeden Preis!

Die Linke, zum Siege gelangt, kann um ihrer selbst willen, dem Opportunismus nicht gewähren lassen, kann nicht zugeben, daß die Opportunisten als Vertrauensleute in den Ministern und Redaktionen, Mandaten und einflussreichen Stellungen verbleiben, wenn anders sie nicht gewärtigen will, daß über kurz oder lang der Opportunismus sie wieder überflügelt und beim nächsten Kriege einen neuen Zusammenbruch herbeiführt. Also muß sie die Minderheit, die sich nicht politisch unterwirft, aus der Partei ausschließen. Mit dem Erfolg, daß diese sich als neue Partei konstituiert. Also Spaltung.

Umgekehrt wird die Rechte als Siegerin in der Partei keine Minute zögern, sich von der unbequemen Opposition der Radikalen zu befreien. Die Versuche in der Fraktion in dieser Richtung, die Anträge Legien, Siebel usw. gegen Dieblich zeigen zur Genüge, was zu gewärtigen ist. Die Ausgeschlossenen würden sich natürlich sofort wieder zu einer Partei zusammenfinden. Also Spaltung. Man mag die Dinge drehen und betrachten wie man will: es bleibt nur die Spaltung übrig. Und ich halte dies für das konsequenteste, überhaupt das einzig mögliche Verfahren zur Beendigung des Konfliktes in der Partei.

Es könnte uns kein größeres Unglück passieren, als wenn nach Monaten und Jahren leidenschaftlichster Kämpfe, nach einer heillosen Zerrüttung des ganzen Parteilebens, nach tauendfachen persönlichen Enttäuschungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und Verunglimpfungen ein Mittel gefunden werden sollte, um all die widersprechenden Elemente, all die heterogenen Tendenzen wieder unter einen Hut zu bringen. Ich wenigstens würde mich für diesen Einheitsparteiheit, diesen form- und wesenlosen Summ entscheiden bedanken, denn er wäre nicht nur ein Sumpf der Grundfalslosigkeit, sondern auch der Charakterlosigkeit. Für den Kampf wäre damit absolut nichts gewonnen, wohl aber alles verloren. Wie sollte ein solches Pontikum von Partei vor dem Feinde bestehen können. Also keine Rede davon!

Genüß ist es schwer, sich mit dem Gedanken der Parteispaltung vertraut zu machen. Es ist ein Kampf, der große Opfer fordert. Aber schließlich ist die Partei doch nur das Werkzeug zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Ermöglichung der Demokratie. Hauptsache ist und bleibt der Sozialismus.

Ich weiß mich frei von jeder Schuld, die Spaltung der Partei je selbst gewollt oder gefördert zu haben, deshalb berühren mich all die Anwürfe und Schmähungen nicht, die gegen mich geschleudert werden. Aber ich werde bereit aufstehen, wenn die Spaltung vollzogen ist. Denn nur dann ist, meiner Ueberzeugung nach, wieder ein klarer, entschlossener Kampf für die Ziele des Sozialismus möglich.

Wir haben uns für verpflichtet gehalten, die Einwendung Rühles im vollen Wortlaut, allerdings mit einigen formalen, durch die bekannten Gründe gebotenen Änderungen, wiederzugeben, obwohl wir die darin aufgeworfene Streitfrage nicht nur für befräht, sondern sogar in ihrem Kern für völlig gegenstandslos halten. Auch glaubten wir weniger eine Pflicht der Lokalität gegenüber Rühle selbst, als gegenüber der Partei erfüllen zu müssen, die aus Rühles nunmehrigen, ungleich schärfer als früher pointierten Ausführungen erfährt, wie er über die Frage der Parteispaltung denkt.

Genosse Rühle bestätigt durch seine Ausführungen, daß wir ihn mit Recht als eine Art Anti-Kolb bezeichnet hatten. Er erstrebt zwar keine Parteispaltung, aber er hegt die Ueberzeugung, daß die beiden Flügel der Partei auf die Dauer unumgänglich gemeinsam arbeiten könnten, da durch die innerparteilichen Ergebnisse während des Krieges eine so ungeheure Kluft offenbar geworden. Entweder läßme ein Teil den anderen durch seine verschiedenen geartete Politik, oder aber das Parteileben verwandte sich in einen Sumpf, der jede gesunde und kräftige Betätigung erstickt. Weidies aber gerade der Arbeiterbewegung gleich sehr zum Schaden. Wesser daher eine Scheidung der unvereinbar gewordenen Teile und ein frischer, klarer Kampf um die klar gesteckten Ziele.

Das ist akkurat die Umkehrung von Kolb. Denn Kolb seinerseits erklärte den linken Flügel der Partei nur dann für ertragbar innerhalb der Partei, wenn die Minderheit die politischen Aktionen der Mehrheit nicht zu durchkreuzen suche. Tue sie das dennoch, dann allerdings ist die Spaltung unvermeidlich. Und welches sollen nach Kolbs Auffassung die „Aktionen der Mehrheit“ sein?

Es ist doch einfach ausgeschlossen, daß die Politik der Sozialdemokratie nach dem Kriege wieder an dem Faden fortgesponnen werden kann, der am 4. August 1914 abgerissen wurde. Das aber will die Minderheit der Zwanzig. Die Mehrheit kann unmöglich mit den Beschlüssen des Dresdener und Rürnbergers Parteitag beselastet Politik machen. Es kann gar keine Rede mehr davon sein, daß unsere parlamentarischen Vertretungen künftig „in der Regel“ das Budget ablehnen und ebensowenig können wir in der Militärfrage an dem „Prinzip“ festhalten, diesem System keinen Raum und keinen Großen“. Auch in der Frage der Kolonial- und Weltpolitik müssen wir uns anders orientieren.“ Und so weiter!

Lagen die Dinge wirklich so, wie sie sich den Genossen Rühle und Kolb darstellen, so wäre in der Tat ein weiteres gemeinsames Zusammenarbeiten der Partei ausgeschlossen. Aber die Verhältnisse liegen wesentlich anders.

Zunächst icken die beiden Genossen, wenn sie glauben, die Trennung der Sozialdemokratie sei eine so einfache und schmerzlose Affaire, die letzten Endes nur den beiden Teilen größere Aktionskraft gewähre. Schon der Trennungsschnitt würde sich eben nicht so einfach vollziehen lassen, wie sich das einzelne Ultras von rechts und links einzubilden scheinen. Die neuen Sonderparteien würden sich weder geographisch, noch nach anderen äußeren Grenzlinien von einander trennen lassen, sondern der Miß würde mitten durch jedes Land, jede Provinz, jeden Ort gehen. Durch jede politische wie wirtschaftliche Organisation. Die Gewerkschaften würden durch die

Trennung nicht weniger in Mitleidenschaft gezogen werden, wie die politischen Körperchaften. Es würde ein Bruderkrieg von unerhörter Heftigkeit entbrennen, bevor es zur Spaltung käme. Und der Kampf würde mit aller Leidenschaftlichkeit ins Unabsehbare fortgesetzt werden.

Dass dieser Kampf innerhalb des Proletariats die Stoffkraft nach außen nicht zu fördern vermöchte, liegt auf der Hand. Er würde vielmehr die Kräfte beider Gruppen gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft in der bebauerlichsten Weise lähmen.

Hinzu kommt noch ein Moment: Der rechte Flügel der Partei würde nach aller geschichtlichen Erfahrung immer weiter nach rechts gedrängt werden und dem proletarischen Emanzipationskampf allmählich mehr und mehr entfremdet werden. Auch das wäre, selbst wenn der linke Flügel dadurch immer mehr erstärkte, kein Gewinn für die Arbeiterbewegung, denn im besten Falle gelangte dann die Linke nach vielen Jahren des Kampfes zu der Position, die die einheitliche Sozialdemokratie vor Ausbruch des Krieges besaß.

Diesen nutzlosen Umweg wird sich das deutsche Proletariat ersparen. Es wird an der Einheit der Partei mit aller Entschiedenheit festhalten.

Darum braucht die Partei sich noch lange nicht in eine innerlich gesplittete, aktionsunfähige Masse mit einander habender Gruppen oder in einen charakterlosen Sumpf zu verwandeln. Denn darüber, daß das letztere nicht minder der Verderb der Partei wäre, wie eine offene Spaltung, brauchen wir wohl nicht allzuviel Worte zu verlieren. Haben wir doch nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir in diesem Punkt genau so denken, wie unser unbergehliger August Bebel, der in Dresden erklärte:

„Es ist mit einem Wort das Streben der Annäherung an die bürgerliche Gesellschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vertuschung, die Ueberbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft... Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen ist der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. (Zustimmung.) Das sind die „Schlaumeier“, die immer erst fordern: „Wie sieht's da, wie sieht's hier?“ (Weiterheit), die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Sorte haben wir auch in unserer Partei. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen aus Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren. (Zuruf: denunzieren!) Ja, ich sage ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er siegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: wir sind ja alle eins, sind ja alle Brüder, das sind die aller schlimmsten! (Lebhafte Zustimmung.) Die bekämpfe ich am allermeisten.“

Die Meinungsgegenstände innerhalb der Partei müssen eben im Sinne und Geiste Bebel's in voller sachlicher Schärfe zum Ausdruck gebracht werden. Und daß das geschieht und die alte sozialdemokratische Anschauung den Sieg davonträgt, dafür werden die Verhältnisse nach dem Kriege schon sorgen.

Ohne heftige Reibungen und Kämpfe wird es dabei nicht abgehen. Beide Richtungen haben das Recht und die Pflicht, ihre Argumente den Massen vorzutragen. Und die von den Massen nach den Grundfragen der Demokratie bestimmte Richtung wird, dessen sind wir sicher, weder eine Politik der Annäherung an das Bürgertum noch eine allen klaren Entscheidungen ausweichende Kompromiß- und Sumpfpolitik zulassen.

Die Genossen dienen deshalb nach unserer Ueberzeugung der Partei am Besten, wenn sie, ihrer innersten Gewissenspflicht folgend, die Parteilosheit leisten, die ihnen die Gegenwart auferlegt, ohne sich in unfruchtbaren Spekulationen über das zu ergehen, was die Zeit nach dem Kriege bringen wird. Je entschlossener sie jetzt ihren Mann stehen, mit desto größerer Zuversicht dürfen sie erwarten, daß die Zukunft der Partei sich nach ihren Grundfragen und Idealen gestalten wird.

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Eine von 320 Funktionären besuchte Kreisversammlung des 6. und 7. Berliner Reichstagswahlkreises beschloß gegen sechs Stimmen folgende Resolution: Die Kreisversammlung spricht dem Abgeordneten Ledebour für seine Haltung bei der letzten Abstimmung im Reichstage ihre volle Billigung aus.

Im übrigen schließt sich die Versammlung der Entscheidung des Berliner Zentralvorstandes an.

Unsere Toten.

Der Besten einen haben die Genossen in Frankfurt a. M. und mit ihnen die ganze Partei verloren. Am Montag starb dort nach langem Krankenlager im Alter von nur 41 Jahren der Arbeitersekretär Johannes Heiden. Mit ihm scheidet ein Genosse, der sich durch lauter Charakter und scharfen Verstand auszeichnete, wodurch er sich besondere Achtung erwarb. Seit 1901 Arbeitersekretär in Frankfurt a. M., berief ihn die dortige Arbeiterpartei zu den verschiedensten Vertrauensposten. Lange Jahre war er zweiter Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins, vielfach wurde er auf Parteitagungen delegiert, 1910 wählte ihn die Frankfurter Arbeiterpartei zum Stadtverordneten. Als Arbeitersekretär gehörte er zu den besten Kennern der Sozialgesetzgebung. Er hat verschiedene Abhandlungen über dieses Gebiet geschrieben, wie er überhaupt für die Parteipresse und Zeitschriften schriftstellerisch sehr tätig war.

So ist das Hinscheiden Heiden's für die Frankfurter organisierte Arbeiterpartei ein herber Verlust; sie wird sein Andenken in Ehren halten.

25 Jahre Arbeiterbildungsschule.

Vor 25 Jahren: Die Fesseln des Sozialistengefanges waren von der Arbeiterpartei gefallen und ein reges politisches und organisatorisches Leben machte sich auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung bemerkbar. Nicht zuletzt hier in Berlin, wo in jenen Tagen die Grundsteine gelegt wurden für die starken Organisationsgebilde der Partei und Gewerkschaft. Jenen Tagen war aber auch eigentümlich ein großer Wissenshunger und Bildungsdrang in den breiten Schichten der Arbeiterpartei. Dieses Streben kam zum Ausdruck in einer imposanten Versammlung, die am 12. Januar des Jahres 1891 in Ripp's Brauerei am Friedrichshain stattfand. Es war eine Versammlung, von der Wilhelm Liebknecht sagte, daß er eine gleiche noch nie gesehen habe. Und Wilhelm Liebknecht war es auch, der die leitenden Gedanken in dieser Versammlung in seiner hinreichenden Art zum Ausdruck brachte. Das Resultat der Versammlung war die Gründung des Vereins Arbeiterbildungsschule. Aus dieser Gründung heraus hat sich das Institut

entwickelt, das ein Vierteljahrhundert lang der Berliner Arbeiterpartei Wissen und Erkenntnis vermittelt hat. Wie alle Organisationen der Arbeiterpartei hat auch die Arbeiterbildungsschule zunächst als Verein durch manderlei Höhen und Tiefen der Entwicklung hindurch gehen müssen. So führten die Erfahrungen der ersten Jahre dazu, daß im Jahre 1897 die Schule einer Neuorganisation unterzogen wurde; der Unterricht in den Elementarfächern wurde anderen, auf diesen Gebieten leistungsfähigeren Gebilden überlassen, der Lehrplan der Schule dagegen auf die politische, gewerkschaftliche und soziale Schulung der Arbeiter sowie die Festigung der proletarischen Weltanschauung eingestellt. Dieses Programm hat bis heute der Lehrtätigkeit der Schule zugrunde gelegen.

Zehntausende von Berliner Arbeitern sind Mitglieder des Vereins Arbeiterbildungsschule gewesen und haben in den Kursen an ihrer wissenschaftlichen Erkenntnis gearbeitet. Diese Arbeit ist der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaftsorganisationen zum Nutzen geworden. Mancher Partei- und Gewerkschaftsfunktionär hat sich hier das geistige Rüstzeug geholt, das ihn zum Dienst in der Bewegung befähigte. Vielen hat die Schule die Möglichkeit geboten, sich ein klares Weltbild zu machen und sich das Verständnis für ihr und ihrer Klasse Dasein zu schaffen. Der Ruhm, den die Berliner Arbeiterbewegung aus der Arbeiterbildungsschule gezogen, läßt sich nicht in Kasernenberichten und Mitgliederlisten zahlenmäßig nachweisen, er ist aber für den geistigen und idealen Gehalt dieser Bewegung von unberechenbarem Wert gewesen bis auf den heutigen Tag.

Mit dem Erstarken der Partei hat auch das Bildungswesen umfassendere Organisation erhalten. Bildungsausschüsse entstanden und traten mit den Geisteskräften des wissenschaftlichen Sozialismus vor die Massen der organisierten Arbeiter. Im Jahre 1912 erhielt das Bildungswesen der Groß-Berliner Arbeiterpartei durch die Schaffung des Bezirksbildungsausschusses eine feste einheitliche Form. Diese Wandlungen konnten an der Arbeiterbildungsschule nicht spurlos vorübergehen. Das Streben nach Bildung, das im Vereinsrahmen doch immer nur mehr oder weniger die persönliche Angelegenheit wissenschaftlicher Arbeiter war, mußte als eine Angelegenheit der Gesamtheit betrachtet werden. Es wäre eine Kräftezerplitterung gewesen, wenn die Schule neben den Bildungsausschüssen usw. in der alten Form ihre Aufgabe zu erfüllen gesucht hätte. In lobenswerter Weithergigkeit haben Vorstand und Mitglieder der Schule dies ein und gaben ihre Zustimmung, daß die Arbeiterbildungsschule die Vereinsform aufgab und sich dem Bezirksbildungsausschuss angliederte. Die Schule sollte somit gleichsam die Krönung der gesamten Bildungstätigkeit der organisierten Arbeiterpartei Berlins bilden.

Diese Umformung und Neugestaltung der Schule war kaum erfolgt, als die Stürme des Weltkrieges losbrachen. Die umfassenden Pläne, die an die Lehrtätigkeit der Schule geknüpft waren, konnten in vollem Umfang nicht durchgeführt werden. Nichtsdestoweniger ist die Arbeiterbildungsschule auch in dieser langen Zeit des verheerenden Völkerrings die Stätte gewesen, an der die sozialistische Wissenschaft der Arbeiterpartei übermittelte wurde. Es wurde vor allem versucht, Probleme, die durch die gegenwärtige Völkerratskatastrophe aufgewühlt werden, dem Verständnis der Hörer näherzubringen. Und diese Aufgabe soll trotz aller innerer und äußerer Schwierigkeiten auch weiter durchgeführt werden, bis die Waffen ruhen. Dann soll die Schule in vollem Umfang die Aufgaben erfüllen, die ihr zugewiesen sind. Ja, man kann annehmen, daß nach dem Kriege trotz des Evangeliums vom Umlernen für die Arbeiterpartei mehr denn je das Wort gilt: Wissen ist Macht!

In diesen ersten und schwersten Tagen ist es natürlich nicht möglich, geräuschvolle Feste zu feiern. Wir beschränken uns daher darauf, heute an dieser Stelle auf das Vierteljahrhundert proletarischer Bildungsarbeit, wie sie sich in der Geschichte der Arbeiterbildungsschule verkörpert, hinzuweisen. An der Berliner Arbeiterpartei wird es sein, ihren Organisationen und damit auch der Arbeiterbildungsschule Treue zu halten!

Der Bebauungsplan für den Breitenbachplatz

im Sonderausschuß der Verbandsversammlung Groß-Berlin.

Am Montag tagte im Berliner Rathaus der Sonderausschuß der Verbandsversammlung des Verbandes Groß-Berlin, um die Vorlage des Verbandsausschusses über den Breitenbachplatz zu beraten. Wie erinnerlich stößen an diesem Platz die drei Gemeinden Wilmersdorf, Steglitz und Dahlem zusammen und es war in nahezu zehnjährigen Verhandlungen nicht gelungen, einen Bebauungsplan für den Platz und seine Umgebung aufzustellen, welcher den neuzeitlichen Anforderungen des Städtebaues einigermaßen Rechnung trägt. Schließlich aber hatte der Verbandsausschuß es erreicht, die Gemeinden Steglitz und Wilmersdorf zu bewegen, ihre Fluchtlinien nach dem Plan des Verbandsausschusses festzusetzen. Nur der unter dem Einfluß der königlichen Aufteilungskommission stehende Gutsbezirk Dahlem hatte sich geweigert, sich diesem Plane anzuschließen. Um nicht Gefahr zu laufen, daß der auch von allen beteiligten Staatsbehörden gutgeheißene Plan wieder ins Wasser fiel, hatte der Verbandsausschuß der Verbandsversammlung vorgeschlagen, von dem Rechte des Verbandes Gebrauch zu machen, seinerseits auf dem Dahlemer Gebiet die Fluchtlinien festzusetzen.

Bei Beginn der Sitzung wurde bekanntgegeben, daß Dahlem seinen Widerstand gegen den Verbandsplan aufgegeben habe und bereit sei, die Fluchtlinien nach diesem Plane festzusetzen. Der Oberpräsident hatte dem Verbandsausschuß mitgeteilt, daß er den Amtsvorsteher durch Vermittelung des Regierungspräsidenten aufgefordert habe, die entsprechende Umänderung des Dahlemer Bebauungsplanes unverzüglich in die Wege zu leiten. Dieses Eingreifen der staatlichen Aufsichtsbehörden fand im Sonderausschuß Anerkennung und man war der Meinung, daß der Verbandsausschuß nunmehr event. seine Vorlage als entbehrlich zurückziehen könne. Die Vorlage des Verbandsausschusses selbst fand aber die volle Zustimmung des Sonderausschusses.

Die Besprechung des Bebauungsplanes für die Umgebung des Breitenbachplatzes führte notwendigerweise auch zu einer kritischen Betrachtung des Bebauungsplanes der ganzen Domäne Dahlem. Hierbei wurde von unserem Vertreter im Sonderausschuß betont, daß, wenn dieser Bebauungsplan nach dem Inkrafttreten des Verbandsgesetzes festgesetzt worden wäre, er wohl ohne Zweifel der Beanstandung durch den Verbandsausschuß verfallen wäre. Der Bebauungsplan weist erheblich weniger öffentliche Freizeitanlagen auf als von den anderen Groß-Berliner Gemeinden in den entsprechenden Bauklassen allgemein vom Verband verlangt

werden. Noch bedenklicher aber ist der Umstand, daß größere öffentliche Spielplätze für die Jugenpflege in Dahlem gänzlich fehlen. Dieses Fehlen großer Spielplätze wurde uns so mehr beklagt, als gerade der Staat sich verpflichtet fühlen sollte, mit gutem Beispiel in der Schaffung von Spielplätzen auf seinen eigenen Ländereien vorzugehen.

Lebhaft bedauert wurde ferner, daß der Aufbau des ganzen Planes so wenig glücklich sei, insbesondere hinsichtlich der Stellung der öffentlichen Gebäude im Stadtbilde, hinsichtlich der Straßensituation und in vielen anderen Punkten und es herrschte Verwunderung darüber, daß die Aufstellung eines so wichtigen und zukunftreichen Gebietes von Groß-Berlin ohne die Mitwirkung eines städtebaulich geschulten Siedlungsfachmannes vor sich gehe. Die Aufstellung und Verwertung der Domäne Dahlem ist in erster Linie auf die vornehme Villa zugeschnitten, sodas es nur unseren wohlhabendsten Mitbürgern möglich ist, dort sich anzusiedeln. Die Folge dieser Fernhaltung der ärmeren Bevölkerungsschichten ist, daß Dahlem den niedrigsten Steuerfuß in Groß-Berlin hat; er beträgt einschließlich der Kreissteuern nur etwa 30 Proz. gegenüber 125 bis 175 Proz. in der überwiegenden Mehrzahl der Gemeinden Groß-Berlins. Während in Berlin nur 6 Proz. Jenseits ein Einkommen über 3000 M. und nur 1 Prozent ein solches über 10 000 M. haben, haben in Dahlem die Hälfte der Einwohner ein Einkommen über 3000 M. und mehr als ein Viertel über 10 000 M. So ist es dem preussischen Staat unter Hintansetzung aller sozialen Gesichtspunkte gelungen, durch den Vortrieb des ungewöhnlich niedrigen Steuerfußes, welcher wiederum nur möglich ist durch die Fernhaltung der minderbemittelten Bevölkerungsschichten und damit das Fehlen der sozialen Lasten, die Bodenpreise für die Landhausbaustellen auf eine außerordentliche Höhe zu treiben. Andererseits wäre es gerade dem preussischen Staat als Arbeitgeber der Domäne Dahlem ein Leichtes gewesen, trotz aller Ausgaben für Schnellbahn, Kanalisation usw., trotz kostenloser Hergabe eines erheblichen Teiles der Domäne für Staatsbauten hier eine muster-gültige Kleinhausbebauung für den Mittelstand und die unbemittelten Klassen zu schaffen.

Der Sonderausschuß unterzog des ferneren auch die übrige Siedlungspolitik des preussischen Staates in Groß-Berlin einer Besprechung und es wurde lebhaft bedauert, daß er nur dort in größerem Maßstabe aufschlägt, wo reiche Ansiedler vorhanden sind (Dahlem, Kolonie Heerstraße, Wannsee), während er für die Erschließung von Kleinhauskolonien für die minder bemittelte Bevölkerung nichts übrig habe. Wie bei Dahlem, wurde auch an den übrigen fiskalischen Aufschließungsplänen die Wahrnehmung gemacht, daß die Bebauungspläne in keiner Weise den neuzeitlichen Anforderungen des Städtebaues gerecht werden und es wurde bedauert, daß die Aufschließung so großer Ländereien offenbar ohne einen städtebaulich geschulten Fachmann vor sich gehe. Der Sonderausschuß hielt den Verband für durchaus zuständig, die fiskalische Siedlungspolitik, soweit dabei das Bebauungsplanwesen in Betracht käme, einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen. Insbesondere wurde auch darauf hingewiesen, daß das Hochbaugelände Groß-Berlins Raum für 9 Millionen Einwohner bietet und daß deshalb die Schaffung von Kleinhauskolonien für den Mittelstand und die minder bemittelte Bevölkerung im Gesundheitsinteresse ein unabweisbares Bedürfnis sei.

Mit allen gegen eine Stimme wurde schließlich ein Antrag unseres Vertreters angenommen, den Verbandsausschuß zu ersuchen, mit der königlichen Staatsregierung in Verhandlung zu treten wegen Abänderung des Bebauungsplanes der Domäne Dahlem dahingehend, daß nicht nur den Wohlhabenden, sondern auch den minder bemittelten Bevölkerungsschichten die Ansiedelung im Kleinhaus mit Garten in größerem Umfang wirtschaftlich ermöglicht und die nachträgliche Ausweitung der im bestehenden Plan fehlenden größeren Spielplätze vorgezogen wird.

Mit derselben Einstimmigkeit wurde ferner der Verbandsausschuß ersucht, darauf hinzuwirken, daß bei der Aufstellung der Bebauungspläne für die übrigen staatlichen Ländereien in Groß-Berlin auf die Bedürfnisse von Kleinhausbebauungen mehr Bedacht genommen wird und daß bei der Aufstellung der Erschließungspläne für die staatlichen Ländereien mehr als bisher die neuzeitlichen städtebaulichen Grundzüge zur Geltung gebracht werden.

Aus Groß-Berlin.

Arbeit, wenn man Mieter wird.

Im Inseratenteil des „Lokal-Anzeiger“ und in der „Morgenpost“ findet sich folgendes Inserat:

Stepperin, Sandnäherin, Militärkieshofen, welche bei mir keines, möbliertes Zimmerchen mietet, verlangt Reichmann, Adalbertstr. 36.

Eine Stepperin erhält demnach nur Arbeit, wenn sie zugleich ein möbliertes Zimmer bei dem Arbeitgeber mietet. Ein Teil des Arbeitslohnes wandert also in Form von Miete in die Hände des Arbeitgebers zurück. Das ist Bedingung, sonst gibt es keine Arbeit. Allem Ansehe nach wird die Stepperin auch noch in dem möblierten Zimmer arbeiten müssen, sodas sie dem Arbeitgeber auch noch die Miete für den Arbeitsraum spart. Es gibt doch noch recht spekulative Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen. Eine verheiratete Frau ist natürlich von vornherein von dieser „günstigen“ Arbeitsstelle ausgeschlossen.

Vom städtischen Schmalzverkauf.

Der städtische Schmalzverkauf wird für die Zeit vom 12. bis 14. Januar 1916 eingestellt. Am 15. Januar beginnt er jedoch bereits von neuem. Es ist aber hierfür folgendes neu angeordnet: Der Verkauf geschieht nur gegen besondere Schmalzbezugskarten, die je 3 Abschnitte, lautend auf je 1/2 Pfund in einem halben Monat, enthalten. Jedem Haushalt von höchstens 3 Personen wird von der zuständigen Protokommission auf Antrag eine solche Karte ausgehändigt werden, bei Haushaltungen von 4—6 Personen können zwei solcher Karten und bei Haushaltungen von mehr als 6 Personen drei Karten beantragt werden. Der Schmalzverkauf erfolgt ab 15. Januar nur noch in halben Pfunden. Der Preis beträgt 240 M. für das Pfund. Bei jedem Verkauf hat der Verkäufer einen Abschnitt zu trennen, und zwar in der Zeit vom 15.—31. Januar 1916 den mit I, in der ersten Februarhälfte den mit II und in der zweiten Februarhälfte den mit III bezeichneten Abschnitt. Die einzelnen Abschnitte verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf des darauf vermerkten Zeitraumes.

Die Abschnitte sind bei Vermeidung der Entziehung der Verkaufsberechtigung vom Verkäufer bei Abgabe des Schmalzes mit den ungültig gewordenen Abschnitten zu trennen und zu sammeln.

Zwischenhandlungen werden mit erheblichen Strafen belegt. Die Herausgabe der Schmalzbezugsarten erfolgt wieder durch die zuständige Protokommission. Es wird jedoch besonders darauf hingewiesen, daß die Art der Herausgabe den einzelnen Protokommissionen überlassen bleibt, welche an ihrer Geschäftsstelle durch Anschlag die Art und Zeit der Herausgabe an die einzelnen, zu ihrem Bezirk gehörigen Haushaltungen bekanntgeben werden.

Daß auf einmal der Preis für das Pfund Schmalz um 40 Pf. erhöht worden ist, wird allseitiges Befremden erregen.

Ein Ueberfall.

Ein äußerst dreister Ueberfall in der Linienstraße, der schon das Kriegsgericht beschäftigt hatte, unterlag gestern der Prüfung des Schwurgerichts am Landgericht I.

Als der Schankwirt Jacob in der Nacht vom 1. zum 2. März 1915 auf dem Heimwege begriffen war, begegnete ihm in der Linienstraße ein Soldat und zwei Zivilisten. Als diese an ihm vorübergingen, fielen plötzlich alle drei über Jacob her und der Soldat schlug ihn mit seinem Seitengewehr so wuchtig über den Kopf, daß Jacob, sofort blutend, betäubungslos zu Boden stürzte. Auch in dieser Lage erhielt Jacob noch mehrere wuchtige Schläge, so daß ihm das Blut aus Mund und Nase strömte. Die drei Leute knieten dann auf den am Boden Liegenden nieder, der bei einem augenblicklichen Erwachen „Kein Geld! Kein Geld!“ schrie, rissen ihm Ueberzieher und Weste auf und nahmen ihm sein Geld — etwa 70 M. — das er bei sich trug, ab. Ein Passant, der die am Boden Liegenden Menschen sah, wurde auf seine Frage, was denn los sei, sofort selbst mit dem Säbel bedroht. Der Passant eilte davon und benachrichtigte einen patrouillierenden Schutzmann von dem was er gesehen, beim Herannahen des Schutzmanns stießen die drei Straßenräuber auseinander; der eiligst davonstreichende Soldat konnte nach längerer Verfolgung festgenommen werden, während die beiden Zivilpersonen entliefen. Der Soldat wurde nach der Alexanderstraße gebracht und dort als der Grenadier Schwarz festgehalten, der sich unbefugt von seinem Truppenteil entfernt hatte und in Berlin umhertrieb. Der überfallene Schankwirt Jacob befand sich in trauriger Verfassung; er war über und über mit Blut bedeckt und konnte nur mit Unterstützung mehrerer Personen in seine Wohnung gebracht werden. Er hat wochenlang krank danieder gelegen. Der Grenadier Schwarz ist inzwischen vom Kriegsgericht wegen dieses Verordens in Verbindung mit mehreren militärischen Vergehen zu einer Gefängnisstrafe von acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er jetzt in Brandenburg abbüßt. Die beiden an der Tat beteiligten Zivilisten sind auch ermittelt worden und standen gestern in den Personen des Majors Jadeszewicz und des Friedrich Jabel vor dem Schwurgericht. — Die Geschworenen sprachen die Angeklagten des schweren Raubes schuldig, billigten ihnen aber mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte den Jadeszewicz zusätzlich zu einer Strafe, die er jetzt verbüßt, zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, den Angeklagten Jabel zu vier Jahren sechs Monaten Gefängnis, beide auch zu je fünf Jahren Ehrverlust.

Die Damen der Diplomatie und das Auto. Das Polizeipräsidium teilt mit: Ueber mißbräuchliche Benutzung von Privatkraftwagen, besonders durch einzelne Damen, wird im Publikum lebhafte Klage geführt; es geben darüber auch der Verkehrspolizei häufig Anzeigen zu. In vielen Fällen freilich hat sich herausgestellt, daß eine mißbräuchliche Benutzung nicht vorlag und ein Einschreiten daher nicht erforderlich war. Es unterliegen nämlich die Votivkaffee- und Gefändel der verbündeten und neutralen Staaten nicht den beschränkenden Bestimmungen über den Kraftwagenverkehr. Deshalb sind auch die Damen der Genannten berechtigt, zu Besuchen, Besorgungen und Spazierfahrten ihre eigenen oder Mietwagen zu benutzen.

Im Wintergarten bringt das Januarprogramm eine Reihe sehr guter Darbietungen. Vor allem möchten wir die Chinesentruppe Hun-Gung nennen. Die bespotteten Artisten zeigten sich als Kraftturner und Springer von selten geübener Meisterschaft vor. Recht lebhaften Beifall erhielten auch die Hauberparodisten Barnes und King, von denen der eine dem Publikum ganz verblüffende Hauberlustspiele vormachte, während der andere beimes, auf wie natürliche Weise der Holzpopsel zustande kam. Unter Mitwirkung des Publikums mimte der schlafertüchtige und witzige Improvisator Georg Bauer. Aus einem ganzen Potpourri ihm zugerufener Slogans und witziger Redensarten schiedete er seine Reime. Lobend erwähnt seien noch die mexikanischen Tänzer Toni und Chica und die Vogelkressen Ernst Perzina. In der Operette „Flotte Purche“, die sich wirkungsvoll dem Programm einpaukte, truggen Lotte Werkmeyer, Else Berna und Gustav Wagner den Hauptanteil des Erfolges davon.

Aus den Gemeinden.

Aus der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung.

Zunächst wurden die im November v. J. neu resp. wiedergewählten Stadtverordneten durch eine Ansprache des Oberbürgermeisters Dominikus in ihr Amt eingeführt. Zu den Wiedergewählten gehörten u. a. auch die Genossen Bernstein, Fintel, G. Hoffmann, Obst, Reiche und Volktram. Hieraus fanden die Vorstandswahlen statt. Als Vorsteher wurde gewählt: Graf v. Patzsch mit 50 Stimmen, als Stellvertreter Wolf-Zittelmann mit 43 Stimmen, die Beisitzer, darunter Genosse Rottländer, einstimmig, und als Schriftführer Stadtkleiner Röhren. Als Sitzungstag wurde der Montag beibehalten und der Beginn auf 8 Uhr festgelegt.

Kunzwe gelangte der Bericht über die Klassenfrequenz der Gemeindegulen zur Diskussion. Genosse Ritter rügte, daß in einigen Klassen die Zahl der Schüler, 40 bis 60 Kinder, viel zu hoch sei und in erheblichem Maße den Unterricht erschwere. Unter allgemeiner Verwunderung machte er darauf aufmerksam, daß eine Gemeindegule zur Kaiserne eingerichtet worden sei, obwohl Räumlichkeiten für derartige Zwecke reichlich zur Verfügung stehen. Den jüngeren ungeschulten Kindern würde dadurch ein weiter Weg bei schlechtem Wetter zugemutet, was in häufigen Fällen zu Erkrankungen führe. Die sozialdemokratische Fraktion sei gezwungen worden, alle diese Fragen öffentlich anzuführen, da die liberale Mehrheit den sozialdemokratischen Vertretern den Weg in die Stadtschuldeputation versperre.

Beise (Viz. Prsk.) erklärte, daß ein Sitz nur bei einer Neuwahl abgegeben werden könne. Es sei übrigens nicht schlimm, wenn die Kinder einen längeren Weg zurückzulegen hätten. — Stadtschulrat Koh ist der Auffassung, daß jetzt im Arlege vieles zurückgestellt werden muß. Das Militärkommando befiehlt und die Gemeinde habe zu gehorchen. — Betslampp (Viz. Prsk.) hält es für angebracht, daß in erster Linie für die Soldaten geforgt würde. Die Erkrankungsfälle an Scharlach seien unbedeutend. Die Sozialdemokraten nehmen nur den Mund voll, ohne positive Schritte zu erbringen. Genosse Hoffmann und Beise verlangten vor allen Dingen die Einrichtung der Einheitsgule und in größerem Umfang als bisher die Abgabe unentgeltlicher Lernmittel. Um Soldaten zu haben, müßte man gesunde und kräftige Kinder erziehen. — Stadtrat Rabenow teilte mit, daß die Erkrankungen über den Stand in anderen Gemeinden nicht viel hinausgehen und zu Klagen keine Veranlassung geben. Damit wurde die Debatte geschlossen.

Charlottenburger Reisverkauf.

Der Verkauf von rüstlichem Reis in Charlottenburg findet vom 12. bis zum 31. d. Mis. in 69 über das ganze Stadtgebiet verteilten Verkaufsstellen statt, die durch rote Anschläge besonders kenntlich gemacht sind. Der Verkauf erfolgt nur an Charlottenburger Einwohner gegen Rückgabe der Mitte Dezember v. J. bei der Brotfortensstellung übermittelten Risikokarte. Der Verkaufspreis beträgt 55 Pf. für 1 Pfund. Da die Stadtgemeinde über reichliche Reisolvorräte verfügt, so empfiehlt es sich, nicht gleich in den ersten Tagen den Ankauf vorzunehmen, damit kein unnötiger Andrang entsteht.

Stadtverordnetenwahlwahl in Neukölln.

Für den im Felde gefallenen Lehre Hennings fand gestern in 6. Bezirk der zweiten Abteilung eine Ersatzwahl statt. Gewählt wurde der alleinige Kandidat Oberpostassistent Ludwig Bornemann (kommunalfortschrittlich).

Neuköllner Verkehrsverbesserungen.

In der letzten Sitzung der Verkehrsdeputation Neukölln erstattete der Vorsitzende Bericht über das Ergebnis der mit der Straßenbahngesellschaft und dem Verbandsdirektor stattgefundenen Verhandlungen. Von der Straßenbahnlinie 68 werden die Nachstrassen, die bisher am Hermannplatz endeten, jetzt bis zur Steinmetzstraße fortgeführt, des weiteren soll die Weiterführung der Linie W bis zur Soalestraße und nach Möglichkeit die Verlängerung der Linie P durch die Schierkestraße bis zur Hermannstraße erfolgen. Die Wagen der Linie 68 werden fortan durch die Grünauer, Friedel, Reuter, Kaiser-Friedrich, Herbergstraße, Kichardplatz, Hohenzollernplatz, Verg- und Schierkestraße bis zur Hermannstraße geführt werden. Zu diesem Zwecke wird ein Ausbau der genannten Plätze erforderlich.

Aus aller Welt.

Steuerherabsetzung — trotz des Krieges!

Ein weicher Kabe unter den deutschen Gemeinden ist unstreitig die Stadt Oshaj in der sächsischen Kreiseshauptmannschaft Leipzig. Von Alterswärts wird gemeldet, daß der Krieg eine Erhöhung der Steuern bringe — in Oshaj denkt man nicht nur daran, sondern die Gemeindeverwaltung wird eine Steuerherabsetzung beschließen, was den 18 000 Einwohnern sicherlich eine große Freude sein wird. Die Einnahmen aus dem Betriebe der Gasanstalt und des Elektrizitätswerkes haben sich so gesteigert, daß sich trotz der Inanspruchnahme des Stadtsäckels durch Kriegswohlfahrt und dergleichen das Vermögen der Stadt ganz erheblich vermehrt hat.

Dieses praktische Beispiel beweist von neuem, wie wertvoll für die Einwohnerschaft einer Gemeinde die Uebernahme gemeinnütziger Werke und Verkehrsanstalten in eigene Verwaltung ist. Die eventuellen Ueberflüsse fließen dann nicht in die Taschen einiger Aktionäre, sondern finden im Allgemeininteresse Verwendung, sei es durch Herabsetzung der Steuern, wie im vorliegenden Falle, oder durch Errichtung von Schulen, Krankenhäusern, Badeanstalten usw.

Die Streikunruhen in East-Youngstown. „Daily News“ meldet aus New York vom 9. Januar: In Youngstown in Ohio wurde 48 Stunden lang zwischen ausländigen Arbeitern der Stahlwerke und der Stadtpolizei, die durch Rißig verärgert wurde, gekämpft. Zehn Anständige wurden erschossen und dreißig verwundet. Die Ausständigen, etwa 2000, setzen am Freitag eine Anzahl Häuser im Geschäftsviertel in Brand und plünderten u. a. die Whiskykläden. Sie verschafften sich eine beträchtliche Menge Dynamit und drohten das Villenviertel der Stadt zu zerstören. Die Polizei, die zu schwach war, um die Menge zu zerstreuen, sprengte die Brücke über den Rhoningtonfluß in die Luft, um den Angriff auf das Villenviertel zu verhindern. Mehr als 50 Häuser und ein Teil der Fabriken sind teils zerstört, teils beschädigt.

Eine Ohrfeige im richtigen Augenblick. Mit dem Juge, der am Sonnabendvormittag um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr von Abelen in Göttingen ankam, fuhr auch eine Frau, die sich rühmte, durch den guten Verdienst ihres Mannes, der Offizier-Stellvertreter sei, jetzt viel Geld zu besitzen, ihrerwegen könne der Krieg noch zehn Jahre dauern. Ein mitfahrender Feldgrauer stand empört auf und gab der Frau eine solche kräftige Ohrfeige, daß der Gut zum Fenster hinausflog. Ein mitreisender Herr gab dem Soldaten aus Befriedigung über die schnelle Justiz 10 M.

Der wütende Versagliche. Am Corso in Rom gab es, wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, am Montag einen peinlichen Auftritt. Ein vor dem bekannten Café Ragnano, dem Hauptquartier der Postkanten und Kriegskrieger, vorübergehender Versagliche wurde plötzlich von der Wut übermannt, zog seinen Säbel und zertrümmerte die sämtlichen großen Spiegelscheiben des Lokals. Unter dem Rufe: „Es ist eine Schmach, daß diese Richtsteuer und Schwäger uns in den Krieg hineinziehen, während wir Soldaten im Feld draußen verbluten müssen!“ schlug er mit dem Säbel um sich. Nur mit großer Mühe konnte der Rasende festgenommen werden.

Ein bulgarischer Abgeordneter ermordet. Wie der Berichterstatter des B. T. B. aus Sofia telegraphiert, wurde der stambulowistische Abgeordnete Lischoromanski Sonntag abend vor dem Nationaltheater erschossen. Der Mörder erschoss dann sich selbst. Es handelt sich um persönliche Rache wegen einer Geldangelegenheit.

Parteiveranstaltungen.

Reinholdsdorf-Ost. Heute abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Restaurant Sabau, Reibengr. 124: Mitliederversammlung des Klubvereins. Vortrag des Genossen Mizus: Die Lebensmittelversorgung Deutschlands im Kriege (Ursachen der Knappheit und Linderung).

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Reinholdsdorf. Donnerstag, den 13. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses, Kaiserstraße.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. (Ortsgruppe Berlin.) Freitag, den 14. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelwer 15: Versammlung. Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes. Nach Schluß der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Studenst. 2. IV. Kol rechts, darunter, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 8 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Briefstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Anträge sind nicht erstat, Anträgen, denen keine Abonnementskarte beiliegt, ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Hastenthaufen 15. Die Abnung an der Front beträgt 530 M. pro Delade. — **W. B. 100.** Sie können Antrag auf Risikounterstützung bei der zuständigen Steuerkasse stellen; er hat aber wenig Aussicht auf Erfolg. — **S. 36.** Da der Austritt erst im Januar 1914 erfolgt ist, ist die Kirchensteuer für das Jahr 1915 noch zu zahlen. — **W. S. 36.** Sie müssen die Selbstversicherung den Fragen des Formulars entsprechend vornehmen. — **J. G. 25.** Sie können vor der Geburt des Kindes nur Unterhalt für sich verlangen — wenn Sie infolge Schwangerschaftsbeschwerden arbeitsunfähig sind. — **W. S. 21.** 1. Rein, da die Reklamationsfrist verläuft ist. 2. Der Unternehmer ist verpflichtet, den Lohnabzug nach dem Zahlungsbericht vorzunehmen. 3. Die Kosten sind richtig berechnet. — **W. D. 1282.** 1. und 2. Ja. 3. Ja, wenn Bedürftigkeit vorliegt. 4. Wahrscheinlich nicht, das entscheidet aber der Militärarzt. — **W. S. 7.** Der Betreffende ist zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet. — **Witze. Nichtsfeinstraße.** Sie müssen die Steuernummer für die volle Wette zahlen, sie beträgt 2 Mark. — **T. Neukölln.** 1. Rund 200 Mark jährlich. 2. 137 Mark jährlich. — **D. 1.** Die erste Vegetation bezieht sich auf die Witterung. Die anderen Zahlen bedeuten: Schlechte Zähne, geringe Abwechslung der Wirtelschule, geringere Form- und Richtungsfehler an den Beinen und Krankheiten des Ohres; dienstfähig.

Pr.-No. Das Verlangen der Kasse charakterisiert sich als echt bureaukratisch; wenn jemand lazarisch ist, ist er doch wohl auch erwerbsunfähig. Wenn der Arzt für die Duengebiete der Kasse keine Zeit hat, so kann man ihm das wirklich nicht verdenken. Ergeben Sie Beschwerde beim Versicherungsamt gegen die Kasse. Mit Ihrer zweiten Frage müssen Sie sich noch etwas gedulden. — 1916 Witwe. 1. Wenden Sie sich an den

Kriegsministerium. 2. Rein. — **St. 44** Wenn Sie über 3000 M. Einkommen haben, müssen Sie die Einkünfte selbst vornehmen; die 5 Proz. werden als Zuschlag erhoben, wenn Sie die Einkünfte nicht einreichen. — **M. S. 24.** 1. Ja, eine Verordnung des Kriegsministeriums. 2. 150 M. täglich. 3. Rein, die Verordnung ist erst am 21. Dezember in Kraft getreten. 4. Rein.

Geldstrafe. 1. Eine Angabe des Einkommens von 1915 ist zwecklos; Sie müssen, wie verlangt, das jetzige Einkommen angeben. 2. Kranken- und Invalidenversicherungsbeträge, Lebens- und Feuerversicherungsprämien. — **W. G. 100.** Die Tochter soll beim Kreisamtsgericht des Kreises Teilmann in Berlin, Viktorstr. 17/18, Beschwerde einreichen. — **M. S. 1000.** Sie können schon jetzt Ihren Antrag auf Reichswohlfahrt an die Reichsanwaltschaft richten. — **W. 42.** Die Beschäftigung ist Sonntags nachmittags nicht gestattet. — **W. G. 50.** Ja, stellen Sie unter Vorlegung der Einkunftsarten Antrag beim Versicherungsamt in der Klosterstr. 65/67. — **M. S. 26.** Ja. — **J. R. Rein.** — **G. S. 80.** Da Sie am 2. Januar 1914 aus der Kirche ausgetreten sind, haben Sie nur noch für das Kalenderjahr 1915 Kirchensteuer zu zahlen. — **S. S. I. 1. Ja.** 2. Alle diese Bezüge sind zu versteuern. — **Früha 120.** Wenn an dem Orte noch keine Höchstpreise festgelegt sind, läßt sich dagegen nichts tun. — **J. R. 1. Rein.** 2. Krankenversicherungspflicht besteht bei einem Einkommen bis zu 2000 Mark.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mitag. Teilweise heiter, aber sehr unbeständig. Im Osten noch öfter wiederholte und stielich starke, im Westen mehr vereinzelt, im allgemeinen geringere Regen-, Schnee- und Graupelschauer. Ueberall langsame weitere Abkühlung.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

B. a. G. Hamburg.

Mitglieder-Versammlungen der Filialen

- | | |
|------------------------|---|
| Filiale: | finden statt: |
| Berlin 1: | Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Belle Alliancestr. 87, bei Hermantus. |
| Berlin 2: | Montag, den 17. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Wadertstraße 4. |
| Berlin 3: | Sonnabend, den 15. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Reichenberger Str. 154, bei Kayser. |
| Berlin 4: | Sonnabend, den 15. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Andreasstraße 28, bei Wittenberg. |
| Berlin 5: | Sonnabend, den 15. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Räderstraße 7, bei Zehel. |
| Berlin 6: | Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr, Räderstraße 123, bei Meyer. |
| Berlin 11: | Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Lützowstraße 7, bei Meyer. |
| Charlottenburg: | Sonnabend, den 15. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Rossenstr. 4, Volkshaus. |
| Lichtenberg I: | Sonnabend, den 15. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Frankfurter Allee 227, bei Blume. |
| Lichtenberg II: | Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr, Alt-Borghagen 56, bei Blume. |
| Neukölln: | Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Gleichenstraße 60, bei Kramer. |
| Rosenthal: | Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Viktorstr. 7, bei Giesch. |
| Steglitz: | Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Dippelstraße 7, bei Giesch. |
| Tempelhof: | Sonnabend, den 15. Januar, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Mariendorf, Bauhofstr. 27, bei Benschel. |
| Wildau: | Sonntag, den 16. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Schumann. |
- 110/10

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.
Tel.-Amt Moritzplatz 10223, 3578. Bureau: Kungelstraße 30

Branchen-Versammlungen. Salostearbeiter.

Donnerstag, den 13. Januar, abends 9 Uhr, bei Greive, Kungelstr. 30.
Tagesordnung:
Bericht der Kommission, Neuwahl der Funktionäre und Branchenangelegenheiten. 81/9

Vertrauensmänner-Versammlungen: Salostearbeiter!

Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, bei Greive, Kungelstr. 30.

Möbel- und Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter! Bezirk Osten:

Donnerstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal von Schröder, Borghagener Str. 5.
Die Ortsverwaltung.
81/11

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. N. Gabisch, Wadertstr. 174.
O. Karl Welle, Petersburger Weg 4. R. Wengels, Parfußstraße 36.
NO. 2. Juch, Annamuelstraße 12.
N. H. Wolgast, Ballstraße 9. G. Fischer, Balkanstraße 6.
Karl Mars, Greifenhagener Str. 22. J. Gabisch, Wadertstr. 34a.
D. Vogel, Vorkingstr. 37.
NW. Salomon Joseph, Wilhelmshagener Str. 42.
SW. G. Schmidt, Bürgelstr. 42.
S. St. Fris, Grünstr. 31. G. Lehmann, Rottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lanfeger Weg 14/15. V. Gorich, Engelwer 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Bismarckstr. 28.
Baumhulienweg. G. Hornig, Marienbader Str. 13, I.
Borsigwalde. Paul Riehn, Rühnstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schwarzwald, Seidenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werhmann, Adenider Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedelstr. 10.
Johannisthal. War Gouhar, Vorkstr. 23.
Karlshorst. Hermann Billing, Dönhofsstr. 23.
Köpenick. Emil Wöhler, Riegestr. 6. Laden.
Lichtenberg I. Cito Steifel, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II. H. Roentgen, Alt-Borghagen 56.
Neukölln. W. Reinick, Redarstr. 2. E. Roß, Stegriedstraße 28/29.
Nieder-Schöneeweide. Wih. Hurah, Brüdenstr. 10.
Nowawes. Karl Krohnberg, Reichenhagenerstr. 27.
Ober-Schöneeweide. Alfred Bader, Wilhelmminnenhoffstr. 17, Laden.
Pankow. Otto Rihmann, Wühlstr. 20.
Reinholdsdorf. W. Gurich, Wroningstr. 66, Laden.
Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Schuhmacher, Brettestr. 64.
Steglitz. G. Bernice, Altenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Vorkingstr. 62.
Tropow. Robert Gramenz, Reibholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Gustav Rößler, Berliner Allee 11.
Wilmerdorf. Paul Schaubert, Wilmsdamerstr. 27